

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 75 Pfennig, jährlich 3 Mark 50 Pfennig.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierbreite 10 Pfennig, 10 Zeilen, 4- bis 6-spaltig, 10 Pfennig, 10 Zeilen, 2-spaltig, 10 Pfennig, 10 Zeilen, 1-spaltig, 10 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 23. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das abgepreßte Selbstmordgutachten.

Schwere Belastung der Staatsanwaltschaft.

Der Hölle-Ausschuß hatte vor zwei Monaten kaum seine Arbeit begonnen, als die Rechtspreffe einen großen Schlag gegen ihn zu führen glaubte, indem sie ein Gutachten der drei Sachverständigen, Prof. Strahmann, Dr. Störmer, Dr. Ripper, veröffentlichte, wonach Hölle durch Selbstmord aus dem Leben geschieden sei.

Die eingehende, mühevolle Arbeit des Hölle-Ausschusses aber hat jetzt an den Tag gebracht, daß zwar nicht der Ausschuß überflüssig, wohl aber — das Gutachten falsch ist. Seine eigenen Verfasser geben es preis. Die gestrige Vernehmung des toxiologischen Mitarbeiters am Gutachten, des Herrn Dr. Ripper, führte nach bewegten Auseinandersetzungen zu dem Resultat, daß dieser immer wieder erklärte:

„Nach der heutigen Kenntnis der Gesamtlage, läßt sich das Gutachten nicht mehr aufrechterhalten.“

Das ungefähr ist es, was sich als die jetzige Ansicht des Sachverständigen darstellt: Bei der Obduktion fand sich im Darm Dr. Höfles eine zu Klumpen geballte Kotmasse von etwa 3 1/2 bis 4 Pfd. Gewicht, von so harter Beschaffenheit, daß man „damit jemandem Köcher hätte in den Kopf werfen können“.

durch fäulnisartige Einnahme geringer Mengen —

gelangt und mangels jeglicher Ausscheidung darin verblieben sein können. Durch die Kombination von Luminal und Pantopon ergab sich eine kumulierende, ja potenzierende Wirkung, die ihrerseits durch die chemischen Vorgänge der Darmverstopfung noch weiter potenziert wurde.

„Bei dieser Sachlage,“ so erklärte Dr. Ripper, „konnte eine an sich noch pharmakologisch durchaus zulässige Menge von Luminal den letzten Tropfen bilden, der das Glas zum Überlaufen brachte, konnte den mit Giften bereits gesättigten Organismus zum Erliegen bringen.“

Dr. Ripper führte Fälle aus der medizinischen Literatur an, die zweifellos beweisen, daß eine allmähliche Aufspeicherung von Luminal im Körper möglich ist. Man braucht also, um den Tod Dr. Höfles zu erklären, nicht die Annahme, daß er kurz vor seinem Tode durch einen Einzelakt größere Mengen von Schlafmitteln zu sich genommen hat. Es kam eine einzige Tablette den mit Giften überfüllten Körper den Todesstoß verleiht haben.

Da auch bereits die Ärzte Prof. Strahmann und Dr. Störmer ihr früheres Gutachten auf Grund des neuen Tatsachenmaterials erheblich eingeschränkt und ein neues Gutachten angekündigt haben, so kann man heute ohne weiteres aussprechen, daß von dem auf Selbstmord lautenden Gutachten der drei Sachverständigen nichts, aber auch gar nichts mehr übrig ist. Freilich — ohne die Arbeit des Untersuchungsausschusses würde dieses Gutachten heute noch bestehen — als bedenkender Schluß für gewissenlose Justizbeamte!

einen neuen Skandal der Staatsanwaltschaft

auf. Ein Verfahren ohnegleichen enthüllte sich. Das Gutachten ist den Sachverständigen mit allem Raffinement abgepreßt worden. Der Zeuge Dr. Ripper konnte mit seiner Entzückung über dieses Verfahren nicht zurückhalten. Kaum hatte er die zur chemischen Untersuchung abgeordneten Leichenteile in Gewahrnam, als er Tag für Tag vom Staatsanwalt Duden angetelephoniert wurde, ob denn das Gutachten noch nicht fertig sei. Nach vier oder fünf Tagen bestellte Staatsanwalt Duden Herrn Dr. Ripper zu sich, angeblich um die bei Hölle gefundenen Tabletten chemisch zu untersuchen. Ein anderer Zweck war in dem Schreiben nicht angegeben. Kaum aber war Dr. Ripper im Zimmer des Staatsanwalts, als dieser ihm erklärte:

„Jetzt sind Sie einmal hier, jetzt dürfen Sie nicht wieder weg,“ che Sie das Gutachten gemacht haben.“

Das wiederholte der Staatsanwalt mit solcher Eindringlichkeit, daß Dr. Ripper beinahe den Eindruck einer Zwangsstellung hatte. Ein Aufwachmeister wurde herbeigerufen und mußte sich sofort an die Schreibmaschine setzen, um das Gutachten aufzunehmen. Leider ließ Dr. Ripper durch das fortgesetzte Drängen des Staatsanwalts, wie er sagt, „sich dreifachlagen“. Er fertigte das Gutachten — ein chemisch-toxiologisches Gutachten! — ohne im Besitz seiner Aufzeichnungen und schriftlichen Unterlagen zu sein.

gestrichelt aus dem Kopfe! Zu Hause angelangt, entdeckte er denn auch

große Flüchtigkeitsfehler, die er dem Staatsanwalt noch telefonisch übermittelte, die dieser aber nicht korrigierte.

Rechnlich wie Dr. Ripper erging es am nächsten Tage Dr. Strahmann. Auch er wurde in einer ganz belanglosen Sache zur Staatsanwaltschaft bestellt, die ihm dann auf dieselbe Weise wie Dr. Ripper ein Gutachten abnötigte! Freilich hatte Dr. Ripper vorsichtigerweise sein Gutachten als „vorläufiges“ bezeichnet. Aber er kam nicht mehr zur Herstellung eines endgültigen Gutachtens, denn bereits zwei Tage später mußte er auf abermaliges Drängen der Staatsanwaltschaft zusammen mit den beiden Ärzten das gemeinschaftliche „endgültige“ Gutachten herstellen, das sich nun als total falsch erwies hat.

Freilich kann das Drücken und Drängen der Herren Staatsanwälte — sicherlich der Ausfluß eines brillanten Gewissens! — noch nicht das völlige Fehlgehen des Gutachtens erklären. Dieses ist zum großen Teil auch darauf zurückzuführen, daß sich das Gutachten auf falschen Tatsachen aufbaut. Eine Hauptfehlerquelle ist der völlig irreführende Bericht des Dr. Thiele an die Sachverständigen, der den schweren Benommenheitszustand Höfles in der Zeit vom 11. bis 18. April völlig verschweigt und den gänzlichen Zusammenbruch vom 18. April wie eine aus heiterem Himmel gekommene Katastrophe darstellt. Aber nicht minder mußte die Sachverständigen die falsche Behauptung des Oberstaatsanwalts Linde irreführen, die dieser vor dem Untersuchungsausschuß anfangs wiederholt und erst unter der präzisen Befragung des Sachverständigen Prof. Lewin endlich preisgegeben hat, wonach der Oberstaatsanwalt Linde am 18. April vormittags Hölle „völlig frisch“ angetroffen haben will. Den drei Gutachtern war es doch nicht ganz unbekannt geblieben, daß Hölle bereits am 14. April Symptome einer Luminalvergiftung aufgewiesen hat. Aber da Herr Oberstaatsanwalt Linde immer wieder versichert, daß Hölle am Vormittag des 18. einen ganz vorzüglichen Eindruck gemacht habe, so nahmen sie an, daß die frühere Vergiftung damals von ihm vollkommen überwunden sein mußte.

Sehr auffällig ist auch folgender Umstand: die Selbstmordhypothese schien den drei Gutachtern psychologisch durch die Annahme gerechtfertigt, daß Oberstaatsanwalt Linde bei seinem Besuch am 18. dem Minister Hölle die Ablehnung seines Haftentlassungsantrages durch die Strafkammer bekanntgegeben und dadurch in diesem Verzweiflungsgefühl hervorgerufen hätte. Vor dem Ausschuss hat Oberstaatsanwalt Linde unter Eid erklärt, daß damals — am 18. April — zwischen ihm und Hölle von der Haftentlassung überhaupt nicht geredet worden ist. Wie kamen die drei Gutachter zu ihrer falschen Annahme über den Inhalt des Gesprächs? — Leider ließ sich das nicht völlig aufklären. Dr. Ripper konnte sich gestern nicht mehr genau entsinnen, woher plötzlich im Kollegium die Meinung auftauchte, daß Oberstaatsanwalt Linde dem Hölle etwas besonders Deprimierendes mitgeteilt haben müsse. Er vermutet aber, daß Prof. Strahmann sich in diesem Sinne geäußert habe, als er von einer Besprechung mit Oberstaatsanwalt Linde kam.

Jedenfalls kann man sich dem Eindruck nicht entziehen, daß den Sachverständigen

von vornherein die Annahme eines Selbstmordes suggeriert

worden ist, allein schon durch die Art der Fragestellung. Wie wäre es sonst denkbar, daß die Sachverständigen — selbst bei ihrer ersten Auffassung des Tatbestandes — die Möglichkeit eines Mordes von dritter Hand überhaupt nicht erörterten, sondern unter völliger Uebersicht der Grenzen eines medizinischen Gutachtens durch rein kriminalistische Deduktionen einen Selbstmord herauskonstruierten? Hoffentlich wird diese Frage noch restlos geklärt, man braucht sich ja nur einmal im Kreise derer umzusehen, die ein Interesse daran hatten, den Tod Höfles als Selbstmord erscheinen zu lassen.

Aber wie diese Untersuchung auch ausfallen mag — der Skandal der Staatsanwaltschaft stinkt heute schon gen Himmel. Dieses dem Dr. Hölle in der Haft abgepreßten Offenbarungseid erinnert — sollte dem Justizministerium allein schon Anlaß geben, gegen die Urheber dieses Verfahrens mit allen disziplinarischen Mitteln einzuschreiten.

Konferenz der Staatsminister.

Am Sonnabend treffen die Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin ein. Zweck ihrer Zusammenkunft ist die Besprechung der schwebenden außenpolitischen Fragen mit der Reichsregierung.

Auch die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags ist nach Ankündigungen, die im Verlauf der gestrigen Reichstagsitzung gemacht wurden, in den nächsten Tagen zu erwarten.

Der deutsch-spanische Vertrag ratifiziert. Der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-spanischen Handelsabkommen vom 25. Juli 1924 ist am 21. d. M. in Madrid erfolgt.

Es knistert!

Wann kracht es?

Am Mittwoch soll nun die erste Lesung der Zolltarifvorlage beginnen. Nach ihrem Abschluß soll der Entwurf einem Ausschuss überwiesen werden und so rechtzeitig aus ihm zurückkehren, daß er bis zum 18. Juli verabschiedet werden kann. Dies der Plan, an dem nach der Berichterstattung eines Teils der Rechtspreffe die Reichsregierung bisher festhält.

Indes gehen hinter den Kulissen seltsame Dinge vor. Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet von einem Plan, die Beratung der Zollvorlage bis nach der Sommerpause zu verschieben und führt diesen Plan auf die „Flaumacherzollgegnerischer Kreise“ zurück. Wer diese zollgegnerischen Kreise sein sollen, geht aus der Darstellung des Agrarblattes nicht hervor; auf keinen Fall trifft es aber zu, daß — wie die Nachtausgabe des „Tag“ berichtet — die Sozialdemokratie den Vorschlag gemacht oder befürwortet hat, den Reichstag am 4. Juli zu vertagen, um ihn zum 15. August zwecks Beratung der Zollvorlage wieder einzuberufen. Indes nennt die Nachtausgabe in diesem Zusammenhang neben der Sozialdemokratie auch das Zentrum, das ja neuerdings im offiziellen Sprachgebrauch als „Regierungspartei“ angesprochen wird. Schon das, wie die ganze nicht von vornherein ablehnende Haltung, die der „Tag“ gegenüber dem Beratigungsplan einnimmt, läßt darauf schließen, daß über die Verabschiedung der Zollvorlage unter den Regierungsparteien selbst Meinungsverschiedenheiten bestehen. Der „Tag“ bestätigt indirekt diese Auffassung, indem er mit der Absicht zu beruhigen, weiter auseinanderlegt:

Im Reichstag sind natürlich schon wieder übertriebene Gerüchte über erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und insbesondere dem Zentrum verbreitet, die sich schon wieder zu Gerüchten über angebliche Rücktrittsabsichten der Regierung ausgebreitet haben. In Wirklichkeit haben alle hinter der Regierung stehenden Fraktionen ebenso wie die Regierung selbst das Bestreben, die Zollvorlage so schnell wie möglich zu verabschieden. Bei den Meinungsverschiedenheiten über den geeigneten Zeitpunkt für die Verhandlungen des Plenums des Reichstages handelt es sich nur um Zweckmäßigkeitsfragen.

Ganz anders aber wieder klingt es aus der „Kreuzzeitung“. Dort wird ausgeführt, daß die Deutschnationalen nur in einem losen Verhältnis zur Regierung stehen und ebenso wie das Zentrum noch immer eine abwartende Haltung einnehmen. Es handele sich bei der Regierung Luther eben nicht um eine regelrechte parlamentarische Koalition, sondern um ein Kabinett, dem auch die Parteien, die es am Leben erhalten, mit mehr oder weniger starker Entschlußfreiheit gegenüberstünden. Die Absicht der Deutschnationalen, sich nach Empfangnahme der Zollvorlage aus dem Regierungsausschuß zu machen und die außenpolitische Verantwortung ändern zu überlassen, wird bestritten, zumal die außenpolitischen Fragen noch vollständig in der Schwebe seien. Gleich dahinter wird erklärt:

Und innenpolitisch sind sich die Deutschnationalen mit den anderen Parteien, die hinter der Regierung stehen, einig darüber, daß die begonnene Arbeit zu Ende geführt und die im Vordergrund der Betrachtung stehende Zollvorlage ohne jegliche Verzögerung erledigt werden muß.

Das ist eine nicht zu überblickende Haltung von Dunkelheiten und Widersprüchen! Nach der „Deutschen Tageszeitung“ sind zollgegnerische Flaumacher an der Arbeit, um die Zollvorlage zu verschleppen. Nach dem „Tag“ sind die Zollgegner, Flaumacher und Verschleppungskünstler in den Regierungsparteien selbst zu suchen — aber was sind Regierungsparteien? Die „Kreuzzeitung“ versichert, daß es Regierungsparteien überhaupt nicht gibt, spricht aber in gleichem Atem von Parteien, die hinter der Regierung stehen: offenbar „in einem losen Verhältnis“. Sie spricht von der „mehr oder weniger starken Entschlußfreiheit“ der Regierungsparteien, die eigentlich keine sind, und möchte deshalb doch Zentrum und Volkspartei für die Durchpeitschung der Zollvorlage ohne Verringerung mit in Anspruch nehmen!

Dieses Runterbunter von Preßmeldungen und Kommentaren läßt nicht gerade auf ein imponierendes Einigkeit und Stärke schließen. Es ist in der Tat nur ein Widerspiel der ungeheuren Verwirrung und Ratlosigkeit, die im Regierungslager herrscht.

Der Verdacht, daß die Deutschnationalen nach Entgegennahme der Zoll-Viebesgabe an den Großgrundbesitz ihre gesegnete Tätigkeit in der Reichsregierung eifrig zum Abschluß bringen wollen, ist eben nicht nur in demokratischen und sozialdemokratischen Kreisen vorhanden. Er kann durch die Erklärungen der „Kreuzzeitung“ über das „lose Verhältnis“, in dem die Deutschnationalen jetzt — trotz Schiele-Schlieben, Neuhaus-Kanitz! — zur Reichsregierung stehen wollen und über ihre „Entschlußfreiheit“ nur noch verstärkt werden.

Die Parteien der bürgerlichen Mittel möchten nun die Deutschnationalen nicht gerne, und das kann man ihnen nach-

führen, aus der Verantwortung entlassen in dem Augenblick, in dem es außenpolitisch nutzlos zu werden beginnt. Eine sachlich überzeugte Reichstagsmehrheit für den Zolltarif in seiner gegenwärtigen Form ist nicht vorhanden. Die Frage ist, ob der gebundene Agrarschutz in den Deutschnationalen als Preis für ihr Verbleiben in der Regierung gezahlt werden soll, die Frage ist aber auch, ob man von den Deutschnationalen Gegenleistung erwarten darf, wenn der Preis einmal gezahlt ist. Daraus erklärt es sich, daß man auch in der bürgerlichen Mitte keineswegs von dem Gedanken begeistert ist, den Zolltarif jetzt gegen den starken, sachlich fundierten Widerstand der Sozialdemokratie in drei Wochen durchzuführen.

Man sieht, es ist ein ziemlich grausames Spiel, daß da von beiden Seiten gespielt wird. Unter diesem tatsächlichen Spiel leidet die deutsche Wirtschaft. Aus tatsächlichen Erwägungen ist die sachlich notwendige Verabschiedung eines neuen Zolltarifs in unerantwortlicher Weise hinausgezögert worden bis zu einem Zeitpunkt, zu dem sie praktisch ohne einen parlamentarischen Gewaltstreik so gut wie unmöglich geworden ist. Indem man dann die gebundenen Agrarschutzzölle hineinbearbeitet hat, hat man den Zolltarif mit Dingen befaßt, die mit dem Zweck der handelspolitischen Verhandlungen nichts zu tun haben und die wie Sprengpulver wirken müssen, nicht nur in den Volksmassen draußen, sondern auch innerhalb der Regierungsparteien selbst. Oder sollte man glauben, daß die geradezu expressiverischen Methoden, mit denen die Agrarier die Befriedigung ihrer Wünsche in der Regierungsvorlage durchgesetzt haben, die Drohungen mit dem „Lückenlosen Freihandel“, wenn der lückenlose Zollschutz nicht gewährt werden sollte, von den Mitgliedern der bürgerlichen Mitte angenehm empfunden worden wären? Da müßten sie keine Menschen sein und Fischblut in den Adern haben!

Das alles ist nichts anderes als der moralische Bankrott des Rechtskurses. Nach ihm kann der physische Zusammenbruch nicht lange auf sich warten lassen. Je länger er aufgeschoben wird, desto gründlicher muß er werden. Die Deutschnationalen stellen ja längst nicht mehr die Macht im Volk dar, die sie noch bei den Dezemberwahlen darzustellen schienen. Die Grundfesten, auf denen der Bau des neuen Hochschutzes aufgeführt werden soll, sind unterwühlt. Vor Ueberlastung wird gewarnt!

## Politik und Wirtschaft.

Herr Arnold Rehgberg, Mitbesitzer der „Kreuzzeitung“, bittet uns um Veröffentlichung der folgenden Darlegungen:

„Sehr geehrte Schriftleitung! In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 21. Juni wird die Frage der industriellen Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich erörtert. Dabei ist auch von mir die Rede. Schon aus diesem Grunde, vor allem aber deshalb, weil die Frage der deutsch-französischen industriellen Interessengemeinschaft immer mehr in den Vordergrund der Politik tritt, bitte ich einige der Vorgänge und meine Erwägungen darlegen zu dürfen. Zu Anfang des Jahres 1924 hatte ich mit französischen Staatsmännern in Paris auf folgender Basis verhandelt:

1. Es werden durch Verträge von Staat zu Staat Interessengemeinschaften zwischen den deutschen und den französischen Großindustrien getätigt.
2. Frankreich räumt daraufhin das Ruhrgebiet in Jahresfrist, das Rheinland in wesentlich verkürzter Fristen.
3. Deutsch-französisches Bündnis.

Das Abkommen war als ein solches verabredet, das Zug um Zug zu verwirklichen sei. Gegen das Resultat meiner Verhandlungen lehnte aber in Deutschland eine heftige Opposition auch von Seiten einiger Kapitäne der Großindustrie ein. Ich habe damals in der deutschen Presse diese Opposition als selbstmörderisch bezeichnet. In der Tat ist in jener Zeit vielfach nicht genügend in Rechnung gestellt worden, daß die Inflation zwar die Konzentration industrieller Sachwerte begünstigt hatte, daß industrielle Unternehmungen aber an sich keinen Wert haben, wenn ihnen auf die Dauer keine ausreichende

Verdienstmöglichkeiten geboten sind, und daß sie im Gegenteil die Finanzen ihrer Inhaber schwer belasten müssen, sobald sie mit Verlust arbeiten. Es ist ferner übersehen worden, daß die Inflation zwar die Konzentration industrieller Sachwerte zur Folge gehabt, daß sie aber gleichzeitig die Kaufkraft des deutschen Volkes und damit die Verdienstmöglichkeiten aller deutschen Industrieunternehmen, soweit sie wesentlich auf den Absatz im Inland eingestellt sind, erheblich verringert hatte. Endlich haben einige der Großkonzerne, welche während der Inflation gewaltige Industrieerweiterungen zusammengeführt hatten, für eine gleichzeitige und verhältnismäßige Vermehrung ihres flüssigen Kapitals nicht ausreichende Sorge getragen.

Die Kapitalknappheit wurde daher alsbald nach dem Aufhören der Inflation fühlbar und es begann das Drängen nach amerikanischen Krediten.

Dabei hat die deutsche Industrie nicht sogleich erkannt, daß der Weg zum amerikanischen Kredit ganz allein und ausschließlich über den industriellen Zusammenschluß mit Frankreich führen konnte. Solange Deutschland und Frankreich sich nicht tatsächlich einigen — und das ist aus vielen Gründen nur auf der Basis industrieller Interessengemeinschaften möglich, solange wird den Amerikanern das Risiko großer Anleihen an die deutsche Wirtschaft doch immer wieder als zu bedenklich erscheinen. Wenn sich dagegen Deutschland und Frankreich industriell zusammenschließen, würden der Wirtschaft beider Staaten, wie mit der Vertreter der amerikanischen Großfirmen in Paris ausdrücklich versicherten, amerikanische Kredite in weitestgehendem Maße und zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stehen. Die Vertreter der amerikanischen Großfirmen betonten, daß ihr Vertrauen in die Zukunft einer deutsch-französischen industriellen Interessengemeinschaft geradezu unbegrenzt sein werde.

Das Bedürfnis nach amerikanischem Kredit, das übrigens in Frankreich ebenso wie in Deutschland gegeben ist, macht an sich schon die deutsch-französischen industriellen Interessengemeinschaft neben einer ganzen Reihe weiterer wirtschaftlicher Zwangsläufigkeiten, für beide Staaten unausweichlich notwendig. Diese Zwangsläufigkeiten haben sich als stärker erwiesen wie alle gefühlsmäßigen und politischen Hemmungen, die auf beiden Seiten naturgemäß und durchaus verständlicherweise gegeben waren.

Bei allen diesen Fragen handelt es sich keineswegs lediglich um industrielle Vorteile, sondern ganz einfach darum, ob in der nahen Zukunft Hunderttausende von Arbeitern werden feiern müssen, oder ob es möglich sein wird, ihnen mit einer erneuten Entwicklung der deutschen Industrie weiteren Erwerb zu schaffen. Die Frage der industriellen Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich darf daher nicht parteipolitisch angesehen werden und schon deshalb habe ich mich der Parteipolitik grundsätzlich ferngehalten.

Indem ich Sie um Veröffentlichung dieser Zuschrift bitte, bin ich mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbunden.

Arnold Rehgberg.

## Auf den Schultern Thälmanns.

Ein übereifriger Staatsanwalt.

Der „Heißige Volksfreund“ veröffentlichte am Tage der Vereidigung Hindenburgs eine Karikatur, die das Verhalten der Kommunisten bei der Präsidentschaftswahl geistete. Es handelt sich um eine künstlerisch nicht gerade glückliche, aber gefühlvoll vollkommene einwandfreie Nachzeichnung des bekannten Bildes „Hindenburg auf den Schultern Thälmanns“, das auch im „Vorwärts“ und in zahlreichen Provinzzeitungen erschien.

Die Staatsanwaltschaft in Darmstadt hat an dem Bilde Anstoß genommen. Sie sieht in der Karikatur eine Beleidigung des Reichspräsidenten. Man fragt sich erst: wie kommt ausgerechnet der Staatsanwalt von Darmstadt zu dieser Auffassung? Er steht allein auf weiser Flur.

Die Zeichnung wendet sich, wie gesagt, gegen die Kommunisten. Sie verfinstert in ironischer Form die guten Dienste, die die Kommunisten den Reichspräsidenten bei der Präsidentschaftswahl geleistet haben. Ohne die Kommunisten wäre Hindenburg nicht gewählt worden. Transportarbeiter Thälmann an der Arbeit!

Die Karikatur wendet sich also gar nicht gegen den Reichspräsidenten, sie richtet sich gegen die Kommunisten. „Bergeth nie, daß die Kommunisten Hindenburg zum Siege verholfen haben!“ stand als Motto auf der vom „Heißigen Volksfreund“ gedruckten Biedergerade der Zeichnung. Ist eine Glossierung der Politik der KPD-Zentrale eine Beleidigung?

Gewiß, die Allianz zwischen der KPD-Zentrale und den Deutschnationalen ist eine sehr enge, wie die Präsidentschaftswahl bewiesen hat. Aber daß sie so weit geht, daß deutschnationale Staatsanwälte in einem satirischen Angriff auf die KPD eine Beleidigung sehen, ist denn doch etwas Neues.

Aber der Darmstädter Staatsanwalt sieht in der Karikatur keine Beleidigung der KPD, sondern eine Beleidigung des Reichspräsidenten! Eine zeichnerische Glossierung über die Politik der KPD — eine Beleidigung des Reichspräsidenten? Betrachtet man die Karikatur unseres heftigen Parteiblattes ein wenig genauer, so entdeckt man, daß dem Zeichner, der das Bild reproduziert hat, die Biedergerade nicht ganz geglättet ist. Sollte darin der Staatsanwalt in Darmstadt eine Beleidigung des Reichspräsidenten erblicken? Das hieße den Sinn der Karikatur umfälschen, um auf einem gewalttätigen Wege zu einer Beleidigungsklage zu kommen.

## Staatsanwalt und Republik.

„Reißt ihn herunter, den Feind der Republik!“

Halberstadt, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schöffengericht in Quedlinburg fand eine Verhandlung gegen den völkischen Fraktionssekretär Fahrenhorst-Berlin statt. Der Angeklagte hatte am 1. Dezember a. J. in einer völkischen Versammlung in Quedlinburg die Arbeiter aufgefordert, sich unter der Schwarzweihroten Fahne mit dem Halentreuz zu sammeln und ihnen dabei zuzurufen: „Reißt ihn herunter, den Feind der Republik, Schwarz-Rot-Mottrich!“ Wegen dieser Beschimpfung der Reichsflagge hatte sich Fahrenhorst zu verantworten. Er gab zu, von einem „Feind der Republik“ gesprochen zu haben, will damit aber nicht die Reichsflagge, sondern das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gemeint haben. Diese Organisation stehe „Gott sei Dank!“ noch nicht unter dem Schutze der Gesetze und er werde sie daher auch weiterhin beschimpfen. Es wurde in der Verhandlung nur ein Zeuge vernommen, der bestätigte, daß Fahrenhorst sich in der genannten Weise wörtlich geäußert habe. Der Oberstaatsanwalt Kröber-Halberstadt mußte den Angeklagten in seinem Plädoyer so geschickt zu verteidigen, daß das Gericht auf eine Geldstrafe von 300 Mark erkannte, obwohl nach dem Gesetz zum Schutze der Republik auf Gefängnisstrafe hätte erkannt werden müssen.

## Der Reichsbannertag in Breslau.

Rathenau, Erzberger, Ebert — der Wille der Republik.

Breslau, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Gau-tag des Reichsbanners in Breslau ist zu einer gewaltigen Kundgebung des republikanischen Geistes geworden. Noch nie hatte Breslau so ganz im Zeichen der schwarzrotgoldenen Fahnen gestanden. Rund 28000 Mann, die dem Jugendnachwuchs angegeschlossen, stellten sich in die Reihen unserer Kampforganisation.

Die Fahneneiwe in dem Neubau des Breslauer Messhofes hielt der frühere Polizeikommissar Genosse Schühlinger, der an die toten Kameraden des Krieges erinnerte und unter stürmischem Beifall das Gedächtnis für die Toten ablegte, nie mehr Landvolksdienste auf sich zu nehmen. Dr. Kranenburg, der Sprecher der republikanischen Zentrumsjugend, gelobte Treue zur Republik. Der demokratische Senatspräsident Dr. Großmann nannte Rathenau, Erzberger und Ebert als die kostbarsten Menschenopfer der drei Parteien für den neuen Staat. Reichstagspräsident Genosse Löbe wies darauf hin, daß Schwarz-Rot-Gold zehnmal älter ist als Schwarz-Weiß-Rot und daß eine Einigung in der Flaggenfrage niemals durch die Befestigung der republikanischen Farben hergobt werden könne. Wer zerbrechen wolle, was das Reichsbanner bewache, riskiere, daß das Volk zerbrochen werde. Auch die Friedensfreunde verkehrten ein Heldentum, das Heldentum eines Amundsen, eines Ranssen oder des namenlosen Bergarbeiters, der in der Grube dem gefährdeten Bruder zu Hilfe eile.

In dem gewaltigen Zuge der Reichsbannerleute fiel besonders eine Gruppe von Stahlhelmläufen mit republikanischer Kokarde auf, es handelt sich um eine niederschlesische Gruppe, die geschlossen zum Stahlhelm zum Reichsbanner übergegangen ist.

## Das Glück von Gildenhall.

Von Erich Gottgetreu.

Rein, man soll auch in dieser entsetzlich reaktionären Zeit, in der geistiges Giftgas greulich die Welt verpestet, den Mut nicht verlieren, man soll nicht denken, es ist alles aus, selbst die Jugendbewegung hat verlagert, die Menschen reden bloß vom Guten, aber sie tun nichts zu seiner Realisierung, man soll nicht verzweifeln — nicht weil es „unethisch“ wäre, nein, einfach weil man nicht zu verzweifeln braucht. Von entgotteter, entseelter Zeit kennen die Bestimmten, vielleicht haben sie recht, aber es gibt noch Helden, wo die Menschen sich nicht verhasen und zernichten, wo sie in Sinnegemeinschaft arbeiten, wo sie „gut“ sind, obwohl sie von den diesbezüglichen ektatischen Befehlen gewisser Reiter auf jüngster Litera-Tour keine Ahnung haben. Kommt man an einen solchen Flecken, wird intensiver der Glaube an bessere Zukunft. . . . Man steigt in Berlin in den Personenzug, fährt gute zwei Stunden lang nordwärts durch märkische Landschaft, verläßt in Neu-Ruppin die harte Bank der Aueleibahn, durchwandert die edelröhrige Stadt, die der Welt schon Schinkel, Fontane und so an die zwanzigtausend bunter Bilderbogen geschenkt hat, man macht einen herrlichen Spaziergang durch Wiese und Wald — dann ist man plötzlich im Reich von Gildenhall, in den Gefilden der Erdeligen, auf der „Insel der großen Mutter“ Strebjamkeit. Kenn ihr Gildenhall? Nein?

Es handelt sich um keine Tat der Jugendbewegung, um keine Rote gottbesessener Schwärmer, um keine Siedlung himmlischen Geistes und irdischer Intuitionstüchtigkeit voll. Gildenhall stellt dar die Vereinigung mehrerer gleichgesinnter und gleichstrebiger Handwerker, die auf freiem Grund und Boden frei arbeiten. In ihrer „Freilandbesiedlung“ sind sie zweckmäßig organisiert, in ihrer schmudeln Kolonie zwischen Alt- und Neu-Ruppin, am Ufer eines breiten Sees, führen sie individuell und doch gemeinschaftlich ein tatfrohes Leben; jeder empfängt seiner Arbeit Lohn. Gutschriften von Lohnstunden ermäßlichen, jedes Einzelheim zum Eigentum werden zu lassen, während die Werkstätten im Besitz der Genossenschaft verbleiben. Dinge, die aus eigener Not uns mehr oder minder geläufig sind, führten die 120 Genossen von Gildenhall zusammen: der schamlose Bodenwucher des Grundeigentums, die Abscheu vor dem Entmenschungsprojekt im Vertrieb der Fabriken, der Wunsch nach echtem handwerklichen Schaffen, das die Leistung der Industrie ergänzt, die Sehnsucht nach schöpferischer Tätigkeit. Nicht Kunstgewerbe, sondern Kunst im Gewerbe überhaupt ist das Ziel.

Man kann also wirklich nicht behaupten, daß es sich hier um leige Weltflicht handelt, macht doch auch Selbsthaltungstrieb, reales, kaufmännisches Denken und Handeln notwendig. Nur, daß das — parteimäßig gesehen — unpolitische Unternehmen eben dadurch nicht privatkapitalistisch ist, daß aller Verdienst direkt oder indirekt der Allgemeinheit zugute kommt. Trotzdem trägt man keine Plakate vom „neuen Menschen“ in der Welt umher, gibt keine Zeitschrift heraus, hat keinen Verlag aufgemacht, unterhält keinen Propagandabüro, man ist überhaupt ganz unparteiisch in Gildenhall. Korporative Bescheidenheit ist ja sonst ebenso selten wie perlentafel.

Gildenhall steht seit 1922, der Verein „Freiland“ hat's ins Leben gerufen, der Architekt Heyer war Geburtshelfer, der Baumeister

Bartning kam als bewährter Pfleger später hinzu, Idealisten mit Ernst, Fleiß und Können haben die Siedlung bezogen und besetzt.

In Wohnungen und Werkstätten, überall ist es hell, freundlich, lustig, bequem. Alle Erzeugnisse sind materialgerecht, kunstvoll und doch wohlthuend unerschrocken, gleichgültig, ob es sich dabei handelt um formgerechte Kleider, Wandteppiche, Bastarbeiten, um Longeformtes, Geislichertes, Gedrechtes, Gefirnitztes, Gefamiedetes, Getriebenes; Geschmack und Können findet man überall, manches erinnert auch an das Bauhaus. Die Aussicht auf den großen stillen See und auf Alt-Ruppin, die träumende Stadt, ist wundervoll.

Gildenhall steht in Gildenhall wird richtig gebaut, Gildenhall wächst. Eine kleine Handwerksstadt mit großer Zukunft! Nicht Geld, sondern Wert beglückt — heute 120 Menschen, bald vielleicht 500, einmal in weiter Ferne, so hofft man, Tausende.

Und das ist dann das Glück von Gildenhall!

## Italienische Theaterrevue vom Mikrophon.

Großere Gegenstände sind nicht denkbar: Kurz vor 5 Uhr im wilden Völkchen vom Potsdamer Platz zu stehen, wenige Minuten später im festlichen, stoffreich abgetönten Radiosenderaum vom Vorhaus. Feierlich still ist's da oben, zahllose Schilber, die gebieterisch Ruhe verlangen, ermuntern selbst zum zartesten Geflüster nicht, der Unbetreffte wird in einen weichen Polsterfessel versenkt, er wartet, er schaut, er hört, er staunt.

Gestern nachmittag wurde der zweite Teil der Serienveranstaltung „Das europäische Drama von heute“ gefeiert. Italien war an der Reihe, Dr. D. Lherman hielt einen einleitenden Vortrag: sehr interessant, sehr vielfarbig, aber bei den zahllosen Möglichkeiten zwischen Banalität und Fachspiel für den Durchschnittshörer vielleicht doch etwas zu schwer. Typische Ausprägung fand das Wesen d'Annunzios und Rosselli als Vertreter der primär dynamischen und heroischen Richtung, die Eigenart von dem Dialektiker Pirandello, einer derben Uebersetzung von Daskor Wilde, von Martini für Komik und Grautese, von Rosso di San Secondo für Romantik und Ueberrealismus, von Marinetti als Futuristen.

Das rote Licht verflucht, der Zeiger des seltsamen Apparates an der Wand hört auf zu vibrieren. Pause. Jetzt vernehmen sich die Schauspieler vom Mikrophon, einige Requisiten werden herbeigeschleppt, Chor marschiert hinter einem tonmindernden Vorhang auf, schon leuchtet wieder rot, hinter Achtung! Achtung! Sie hören jetzt eine Aufführung von Pirandellos einaktiger Komödie „Der Rusikanti“. Das ist eine nette einfache Geschichte eines armen Rusikus, der nichts weiter hat als eine Fische und die Erinnerung an die Hoffnung auf Teresina, die er entdeckt, die er förderte, die er hochzog — und die sich völlig von ihm weg entwickelt hat. Er lebt abwärts, sie nach oben, er haßt, sie versteht nicht; mild ist das Werk und menschlich — für Pirandello aber, worauf es ankam, kaum restlos typisch.

Zum Schluß wird noch eine sehr interessante Szene aus dem zitterfüllten Drama „Machinengang“ von Ruggero Barari gelesen, Hartung will sie auf seiner Bühne im kommenden Winter zur deutschen Uraufführung bringen, dem Urteil der Theaterkritik sei deshalb nicht vorgegriffen. Aber erwähnt muß noch

werden, daß hierbei und beim Pirandello Jila Grünig, Sonja Bogs, Wilhelm Dieterle und vor allem Alfred Braun sich neben anderen als Sprecher von echtem Theater, Verzeihung: Radiobübel zeigten. Und anzufügen wäre: Ist es nicht möglich, diese interessante Vortragreihe im Hinblick auf die weit höhere Zahl der Hörer in Zukunft abends stattfinden zu lassen? Ergo.

Erlebnisse eines Spaziergängers um die Welt. „Ich habe sechs Paar Schuhe auf unserer bisherigen Reise abgetragen, meine Frau aber trägt schon ihr achtes Paar.“ In diese Worte sagte W. S. le Raug die bisherigen Ergebnisse seiner Weltwanderung, die er mit seiner Frau unternimmt. Er ist jetzt in London angekommen, nachdem er 12000 Kilometer zu Fuß zurückgelegt hat, etwa ein Drittel des Spaziergangs rund um die Welt, den er sich vorgenommen. „Wir marschierten aus Johannesburg im Dezember 1922 los mit nur ein paar Pfennigen in der Tasche“, berichtet er weiter. „Niemand ist vor uns ganz um die Erde gewandert, obwohl es diese versucht haben. Wir wollen es nun probieren, nicht um einer Wette willen, sondern in der Absicht, unsere Erfahrungen in einem Buch zu verarbeiten. Wir haben schon 900 Photographien aufgenommen und verdienen uns unseren Unterhalt durch Vorträge. Hotelrechnungen können uns nichts anhaben, denn wir führen alles von der Kochkappe bis zur Zahnbürste in unserem Schubkarren mit, der uns auf dem ganzen Wege begleitet hat. Die Räder haben schon auf meiner Berechnung 50 Millionen Umdrehungen gemacht.“ Das wunderliche Paar, das in wasserdichten Mänteln im Freien schläft, hat schon manche nicht alltägliche Abenteuer durchgemacht. Am 1. Juli sind sie auf Schlangen, die einen Umfang von 18 Zoll hatten. „Ich tötete etwa zwei von diesen Tieren jeden Tag, und die Schlangen taten uns nichts. Auch mit den Eingeborenen kamen wir gut aus; sie hoffen uns nach besten Kräften. Die Weltwanderer haben berechnet, daß sie bisher auf ihrer Reise durch Afrika, Ägypten und Europa bis nach England etwa 13 Millionen Schritte zurückgelegt haben. Sie hegen sich jetzt nach Amerika und dann nach Neuseeland, Australien, China und Japan. Sie hoffen, den gesamten Weg von etwa 40000 Kilometern in weiteren vier Jahren vollendet zu haben.“

Im Renaissance-Theater findet die Uraufführung von „Mila“ endgültig heute, 8 Uhr, statt. Die für Montag, den 22., gelösten Karten haben für heute Gültigkeit.

Bühnenkonzert. Am heutigen Tag findet ein doppeltes Jubiläum in der „Triäne“ statt. Jakob Lieblitz feiert seinen 50. Geburtstag und der Schwan „Miles Mädchen zu verheiraten“ seine 25. Aufführung.

Ulfar Barnomst, der frühere Leiter des Berliner Festspieltheaters, hat vor längerer Zeit schon von dem Theaterkongress Weinhard-Bernauer die beiden Berliner Theater, das „Komödienhaus“ und das Theater in der „Königsgrabenstraße“ übernommen. Rummel hat er vom Direktor Eugen Robert auch die „Triäne“ hinzugekauft.

Eine Rathenau-Ausstellung wird am 24., dem Todestage Rathenaus, von der Werkzeuge-G. m. b. H., Potsdamer Str. 104, eröffnet. Sie bringt Schriften von Rathenau und über ihn.

Zum Jubiläum der Breslauer Oper wurde Prof. T. Harnau als Bizee gewählt.

# Eine Antwort an Westarp.

## Gegen die Verschönigung des deutschnationalen Aufwertungsbetrugs.

Am 5. Juni gaben wir einem Artikel von Herrn Paul Köhler Raum, der sich gegen die Haltung des Grafen Westarp in der Aufwertungsfrage wandte. Herr Köhler erhielt am 9. Juni eine Antwort von Graf Westarp, er bittet uns, seiner Antwort Raum zu geben.

Hochverehrter Graf Westarp!

Sie schreiben mir unterm 9. Juni, Ich bat Sie um eine persönliche Rücksprache, die Sie mir aber anscheinend nicht gewähren wollten, so daß ich mich veranlaßt sehe, Ihr gest. Schreiben heute wie folgt zu beantworten:

Die Sozialdemokraten, schreiben Sie, stellen dadurch, daß sie Herrn Best einen Platz im Ausschuss einräumen, lediglich eine plumpe Falle und es liegt im dringendsten Interesse jedes Sparer selbst, sich über die betrügerischen Absichten der Sozialdemokratie aufzuklären.

Dazu meine ich, Herr Graf: Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen. Warum sollen die Sparer, denen die Sozialdemokratie von vornherein keinerlei Versprechungen gemacht hat, die aber in der letzten Zeit zweifellose Betätigungen zugunsten der Sparer gezeigt hat, dieser Partei weniger Harmlosigkeit entgegenbringen, als sie es mit der Deutschnationalen vielerprechenden Partei leider getan haben? Es ist nicht einzusehen, nachdem die Deutschnationalen in vermeintlicher Wahrung eines höheren Staatsinteresses dem Schaden der Gläubiger umgelernt haben, warum es der Sozialdemokratie als Betrug auszuliegen sei, wenn sie, die überhaupt nichts versprochen hat, ihr Herz für die brutal ererbten Sparer, für dieses neugegeschaffene Proletariat entdeckt und pflichtgemäß die Stellung heute einnimmt, die ihren Versprechungen gemäß den Deutschnationalen eigentlich in der Sparerbewegung zukommt.

Was nun als höheres Staatsinteresse für die Zertretung der Gläubigerinteressen zugunsten zahlungsunfähiger Schuldner, zahlungsunfähiger Händler und Kommunen ins Gefecht geführt wird, ist ein Axiom, d. h. etwas, was nicht erst bewiesen werden braucht. Gerade in der Aufstellung dieses Axioms zeigt sich die ganze Hofahrt der Aufwertungsgegner. Sie glauben nämlich, nicht beweisen zu brauchen, was sie eben nicht beweisen können. Nun, Hochmut kam immer noch vor dem Falle und Untreue schlug noch immer seinen eigenen Herrn. Ihre Partei, Herr Graf, ist dabei, ein nach Willkür zählendes Proletariat zu schaffen. Bei den nächsten Wahlen wird dieses seine Duitung überreichen.

Ich habe, um zu beobachten, sämtliche von der Sozialdemokratie einberufenen Spargläubigerversammlungen in der letzten Zeit besucht. Der Reichstagsabgeordnete Reil sprach keineswegs demagogisch und gerade keine sachlichen, mit Beweisen belegten Ausführungen waren es, die ihm die Herzen des neuen Proletariats zu trugen. Anwesende Ortsgruppenleiter der Sparerverbände sagten mir, daß das Versammlungspublikum nicht das übliche sozialdemokratisch eingeschworene sei, sondern ihnen persönlich bekannte Sparer, die das letztemal fast durchweg deutschnational gewählt hätten. Ich hatte Gelegenheit, an den Ausgängen zu beobachten, wie sich Hunderte von Anwesenden an den Ausgängen in die aufgelegten Listen eintrugen und sich somit zur Sozialdemokratischen Partei eintrugen.

Was wird nun erst geschehen, wenn mir die Namen derjenigen Aufwertungsgegner veröffentlicht werden, über deren und deren Verwandten Vermögensstand wir uns gegenwärtig Aufklärung zu beschaffen im Begriffe sind und denen wir dann die direkte Interessiertheit an dieser erbärmlichen Aufwertung der privaten Forderungen nachweisen werden?

Wie erklären Sie mir übrigens, Herr Graf, den Umstand, daß ich Industrieobligationen grandoerschiedener Provenienz, die ich den Obligationsschuldnern mit — 20 Proz. zum Kauf angeboten habe, zu dieser Forderung unter Zusicherung der verlangten Diskonktion verkaufen konnte? Die 15proz. Aufwertung — den Bluff der darüber hinausgehenden Genußscheine erwähne ich gar nicht erst — rechnet sich doch noch nicht auf 12 Proz. um. Ich erhöhe meine Forderungen heute auf 25 und 30 Proz. und werde meinen Preis bekommen.

Die Deutschnationalen Volkspartei, mag sie mit ihren Verschönigungen bis in die kleinsten Provinzialblätter flüchten, der Sparerverband dringt gegenwärtig mit seinen Organisationen bis in die kleinsten Dörfer vor und wird dafür sorgen, daß ihr niemand mehr glaubt.

Es tut mir herzlich leid um meine einfrige Hebe, aber sie trägt das Bankrot des Kompromisses unter Ihrem Herzen.

Genehmigen Sie, Herr Graf, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

20. Juni.

Paul Köhler.

Hypothekengläubiger- und Sparerklubverband für das Deutsche Reich (Sparerbund). Sitz Berlin W. 66. Ortsgruppe Charlottenburg.

# Das Reichswehrunglück bei Veltheim.

## Beginn des Prozesses gegen Oberleutnant Jordan.

Minzen, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem ermittelten Schöffengericht begann die Verhandlung gegen den Oberleutnant Jordan vom Pionier-Bataillon 6, der am 31. März d. J. das große Wägenunglück der Reichswehr bei dem Uebergang über die Weser nahe Veltheim durch Fahrlässigkeit verschuldet haben soll. Die Fähre war mit 161 Mann besetzt, während nach Ansicht der Sachverständigen im Höchstfalle 125 Mann auf ihr untergebracht werden konnten. Außer den 161 Mann wollte Jordan noch eine weitere Kompagnie auf der Fähre überlegen. Das scheiterte jedoch an dem Widerstand des Kompagnieführers Jermann.

Die Vernehmung des Angeklagten beginnt mit der Feststellung seiner Personalien. Jordan wurde 1914 Offizier und 1917 zum Oberleutnant befördert. Neben anderen Kriegsauszeichnungen besitzt er das Eisene Kreuz erster und zweiter Klasse. Jordan gibt dann eine Darstellung der Maßnahmen, die er zur Ausführung des Uebergangs über die Weser getroffen hat. Der Bau der Fähre war morgens um 4 Uhr 30 Minuten beendet. Der Angeklagte überzeugte sich, daß die Schräge richtig befestigt waren. Um 7 Uhr war die liegende Brücke gebrauchsfähig. Durch die Ueberlegung eines Automobils auf ihr wurde die Tragfähigkeit geprüft. An der ersten Ueberlegung nahmen 40 Personen, auch Zivilisten teil, die mitzunehmen der Angeklagte sich für verpflichtet hielt, da durch die militärischen Maßnahmen der regelmäßige Fahrbetrieb stillgelegt war. Nach seiner Auffassung war die nach den militärischen Bestimmungen über den Brückenbau hergestellte Fähre groß genug, um 200 Mann aufzunehmen. Da er nur 170 Mann mitnahm, sei also die auf 4 Pontons ruhende Fähre nicht überlastet gewesen. Die Fähre hätte im Gegenteil noch mehr belastet werden können, solange die Schrägen freiliegen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Verteilung der Leute auf der Fähre nicht ungleichmäßig war, erwiderte der Angeklagte, daß er dieses Empfinden nicht gehabt habe. Als das Fahrzeug zehn Meter vom Ufer war, kam dem Angeklagten die Überzeugung etwas schief vor, er habe sich daraufhin nochmals von der

Rage der Fähre überzeugt und sie aufrichten lassen. Als zwei Drittel der Fahrstrecke zurückgelegt waren, sei der Auferschollen: „Wasser im Ponton!“ Die Ereignisse spielten sich dann sehr schnell ab. Der Angeklagte fiel bei dem Unglück selbst ins Wasser und gab nach seiner Rettung sofort den Befehl, das Biertau zu fassen. Die Fähre trieb 400 bis 500 Meter ab. Es wurden ihr sofort Rettungsponsons nachgeschickt, von denen eins an die Fähre anlangte. In diesem Augenblick sei ein großes Gedränge auf der Fähre entstanden. Die Leute hätten sich in den Ponton gestürzt, der dann umschlug und verackte. Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Maßnahmen der Angeklagte schon vorher getroffen hatte, erwiderte er, daß ein Rettungsboot nach der Veltheimer Seite eingeteilt war und am Ufer Hilfsmittel bereitgestellt waren. Einen Ponton im Schlepptau der Fähre mitzuführen habe er nach den Vorschriften nicht für unbedingt erforderlich gehalten. Auch bei anderen Uebungen, die er früher mitgemacht habe, sei das nicht üblich gewesen. Von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Spranken befragt, ob er bei der Belastung der Fähre etwaige Gefahrenmomente in Rechnung gestellt habe, erwiderte Jordan, daß bei 30 Zentimeter Freiborhöhe besondere Gefahren nicht vorlägen. Sein Entschluß, die Fähre so stark zu belasten, sei in derselben Weise zu jeder anderen Zeit auch erfolgt und nicht dadurch herbeigeführt worden, daß die Infanterie zu spät am Ueberseespiess eintraf. Für die Besetzung der Fähre mit Rettungsmannschaften seien ausschließlich erfahrene und tüchtige Leute ausgesucht worden. — Es wird dann in die Vernehmung der 70 geladenen Zeugen eingetreten.

# Die Erbschaftsteuer.

## Der unzulängliche Regierungsentwurf angenommen.

Der Steuerauschuß des Reichstages lehnte am Montag die Beratung der Erbschaftsteuervorlage fort. Alle Versuche der Sozialdemokraten, den Regierungsentwurf zu verbessern, scheiterten an der ablehnenden Haltung der bürgerlichen Parteien. Die Entscheidung über die Höhe des Tarifs wurde auf Verlangen des Zentrums bis zur zweiten Lesung ausgesetzt, doch ist die Aussicht gering, daß das zur Erhöhung der Tarifsätze führen wird.

Die Schonung der Besizenden trat besonders deutlich hervor bei der Frage der Besteuerung des Hausrats und bei den Bestimmungen über Stundungen. Nach der Regierungsvorlage soll der Hausrat bei der Steuerklasse 1 (Ehegatten und Kinder) und bei der Steuerklasse 2 (Enkel) steuerfrei bleiben und bei den übrigen Klassen aber nur 5000 Mk. steuerfrei sein. Ein kommunistischer Antrag will, daß auch in den Klassen 1 und 2 die Steuerfreiheit für den Hausrat nur bis 15 000 Mk. gewährt wird. Gegen diesen Antrag wandten sich alle bürgerlichen Redner, ebenfalls die Reichsregierung. Staatssekretär Dr. Pöppel weist die Besteuerung des Hausrats, auch des allergrößten bei den leistungsfähigsten Steuerpflichtigen, weit von sich, weil es nicht angehe, daß die Steuerbehörden in den intimen Verhältnissen des Steuerpflichtigen herumspüffeln.

Hg. Ströbel erwiderte darauf, daß das der Schiebung Tür und Tor öffne und außerdem die leistungsfähigsten Steuerpflichtigen ungleich besser stelle als alle übrigen. Die Beschlußfassung wurde bis zur zweiten Lesung ausgesetzt, im übrigen die Erbschaftsteuervorlage unverändert angenommen.

# Die Mecklenburger Tscheka.

## Strafanträge im Kommunistenprozeß.

Leipzig, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Mecklenburger Tscheka-Prozeß beantragte der Reichsanwalt am Montag folgende Strafanträge: Gegen Zeutzel wegen Mordes die Todesstrafe, gegen den Landtagsabgeordneten Edmitt wegen Weibhülfe zum Hochverrat 4 Jahre Zuchthaus, gegen Warnke und gegen Wintel wegen Weibhülfe zum Hochverrat je 4 Jahre Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe.

# Polizei-Internationale.

## Französisch-antibolschewistischer Vorschlag.

Paris, 22. Juni. (M.A.) Die „Figaro“ mittels, hat der Leiter der französischen Sicherheitspolizei angesichts der Ausdehnung der bolschewistischen Propaganda auf Ersuchen des Außen- und des Innenministeriums die Schaffung einer „Internationalen Polizeigürtels“ entworfen. Dieser Plan sei angenommen worden, und alle europäischen Polizeibehörden, sowie diejenigen Chinas und Japans würden zur Durchführung dieses internationalen Polizeigürtels zusammenarbeiten.

## Defaitistenverfolgung.

Paris, 22. Juni. (M.A.) Die polizeilichen Nachforschungen wegen des in der „Humanité“ kürzlich veröffentlichten Briefes des Chefs des Zivilkabinetts, des Marschalls Lyautey, der nicht in die Hände des Empfängers gelangt sein soll, haben gestern zum Verhör des kommunistischen Abg. Doriot geführt, der erklärte, das Original des Briefes befände sich noch in seinen Händen. Der Brief sei ihm in einem unfrankierten Umschlag, an die „Humanité“ adressiert, zugestellt worden; die Adresse sei mit Bleistift geschrieben. Bezüglich der bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung beschlagnahmten Dokumente lehnte der Abgeordnete es ab, anzugeben, von wem er sie habe. Unter diesen Dokumenten befindet sich, wie die „Humanité“ mittels, ein von General Colombat unterzeichnetes Telegramm, in dem empfohlen wird, die an der Arbeit befindlichen Riffleute durch Flugzeuge bombardieren zu lassen. Ein zweites Telegramm, unterzeichnet Ferrand, schreibe vor, weder das Alter noch das Geschlecht der dem Bombardement zum Opfer gefallenen Zivilpersonen zu erwähnen. Im übrigen hat die „Quotidien“ mittels, die Polizei in Albi und in Lyon bei kommunistischen Agitatoren Hausdurchsuchungen vorgenommen, die zur Beschlagnahme von Dokumenten geführt haben sollen.

Nach einer U.L.-Mitteilung sollen die Abg. Doriot und Ratzig (Komm.) wegen Hochverrat und Spionage verfolgt werden. Dazu müßte die Kammer sie erst ausliefern.

# Parteitagsovation für den Mordgeneral.

## Sforza setzt sich zur Wehr.

Rom, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen des am Sonntag begonnenen faschistischen Parteitagess wurden am Montag bereits zu Ende geführt. Mussolini bezeichnete in Form eines Zwischenrufes das Programm des Faschismus als Schutz der Arbeit. (1) Die Tagung war durch Ovationen für de Bono und schärfsten Angriffen gegen Graf Sforza gekennzeichnet. Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Graf Sforza richtete eine Interpellation an den Senat, in der er heftige Angriffe gegen Mussolini erhebt und vom Außenminister bestimmte Erklärungen fordert. Gleichzeitig hat Sforza durch die Agenzia Stefani Mitteilungen an die Presse veröffentlicht, in denen er gegen Mussolinis Beschimpfungen protestiert.

## Eine Anklage wegen Freiheitsberaubung.

Rom, 22. Juni. (M.A.) Der Untersuchungsrichter beschloß, den früheren Presschef im Ministerium des Inneren Rassi sowie den früheren Herausgeber des „Nuovo Paese“, Carlo Bazzi, sowie den des Nordes an Matteotti beschuldigten Dumini vor Gericht zu stellen, weil sie den früheren republikanischen Abgeordneten Razzolani, ihren politischen Gegner, mehrere Stunden der Freiheit beraubt haben sollen.

# Noch keine Klärung in Frankreich.

## Entscheidung wahrscheinlich erst Ende der Woche.

Paris, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Trotz der Spannung, mit der man in den politischen Kreisen der für Dienstag angekündigten Marokkodebatte in der Kammer entgegensteht, ist es noch keineswegs sicher, ob die erwartete Klärung der innerpolitischen Situation eintreten wird. Auf Grund der Resolution Comperé-Morel, die nach dem von den Sozialisten veranstalteten Referendum voraussichtlich die Mehrheit erhalten wird, werden die Mitglieder der sozialistischen Fraktion ihre Haltung von dem bestimmten Erklärungen Painlevés abhängig machen, d. h. sie werden bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage für das Ministerium stimmen, wenn dessen Erklärungen sozialistischen Forderung, dem Blutoergießen in Marokko durch einen raschen Friedensschluß sobald wie möglich ein Ende zu machen, entspricht; der Regierung das Vertrauen jedoch versagen, wenn ihrem Verlangen nicht entsprochen werden sollte. Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die Erklärungen, mit denen Briand am letzten Freitag die sofortige Beantwortung der kommunistischen Interpellation abgelehnt hat, den sozialistischen Wünschen nicht unbeträchtliche Konzessionen gemacht haben und es scheint deshalb keineswegs ausgeschlossen, daß, wenn Painlevé auf diesem Wege noch einen Schritt weitergehen würde, die sozialistische Fraktion schließlich für das Ministerium stimmen wird. Die entscheidende Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der Mehrheit dürfte dann wahrscheinlich gegen Ende dieser Woche anläßlich der Finanzdebatten erfolgen, und zwar entweder im Zusammenhang mit dem von der Regierung geforderten provisorischen Budgetmittel für Juli oder aber im Anschluß an die jüngsten Beschlüsse der Budgetkommission der Kammer, die eine sehr scharfe Desamouierung Cail্লাux' darstellen.

## Die Stimmung in der sozialistischen Partei.

Paris, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die gegen das Ministerium Painlevé gerichteten Kundgebungen der sozialistischen Vereinigungen in der Provinz dauern fort. So hat neuerdings der Bezirksvorstand der Departements Var, Gironde und Haute-Garonne dem Parteivorstand mitgeteilt, daß sämtliche ihnen angeschlossene Vereine sich gegen die Fortsetzung der Unterstützungspolitik gegenüber dem Ministerium Painlevé ausgesprochen haben.

Diese Kundgebungen sind insofern bemerkenswert, als es sich gerade um drei Departements handelt, deren sozialistischen Führer zum rechten Flügel der Partei zählen und bisher gegen einen schroffen Bruch mit der Regierung eingetreten sind: in Var (Toulon) ist Renaudel Abgeordneter, in der Gironde (Bordeaux) Marquet und in der Haute-Garonne (Toulouse) Vincent-Auriol. Wenn sogar in diesen drei Bezirken die Stimmung gegen die Fortsetzung der Unterstützungspolitik überwiegt, dann dürfte die Gesamtpartei kaum länger Painlevé unterstützen können.

Paris, 22. Juni. (M.A.) Die Abstimmung unter den Sozialisten ist heute abend abgeschlossen worden. Das vollständige Ergebnis ist noch nicht bekannt, da noch 40 Stimmen ausstehen. Auf den Antrag Comperé-Morel gegen die Unterstüzung des Kabinetts entfielen bisher 40, auf die Resolution Renaudel für zeitweilige Unterstüzung 35 und auf den Antrag Auriol für weitere Unterstüzung 11 Stimmen. In sozialistischen Kreisen wird großer Wert auf die Feststellung gelegt, daß der Austritt aus dem Kabinet nicht mit fortgesetzter Opposition gegen das Kabinet gleichbedeutend sei und lediglich bedeute, daß die Partei ihre Handlungsfreiheit zurücknimmt. Wie man ausdrücklich hinzuzügt, ist eine gelegentliche Unterstüzung des Kabinetts nicht ausgeschlossen. In der morgigen Kammerdebatte, der man mit großer Spannung entgegensteht, wird es sich zeigen, welche Taktik die Sozialisten einzuschlagen gedenken.

# Der deutsch-französische Handelsvertrag.

## Vertagung der Verhandlungen.

Paris, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die für Montag nachmittag in Aussicht genommene Plenarsitzung der beiden Handelsvertragsdelegationen ist in letzter Stunde wieder abgelehnt worden, da die Größe der noch immer bestehenden Differenzen die Aussicht auf eine Einigung sehr gering erscheinen lassen. Die beiden Delegationsvorstehenden haben für den späten Abend eine neue Zusammenkunft vereinbart. Es scheint fast unmöglich, vor der Vertagung des französischen Parlamentis noch zu einer Verständigung zu gelangen.

# Sozialistischer Sieg in Luzern.

Genf, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wurde in Luzern der sozialistische Kandidat Weibel mit 2400 gegen 1800 Stimmen des Konservativen zum Präsidenten des Kantonsgerichts gewählt.

# Die Engländer wundern sich.

Vor einigen Tagen besuchten eine Anzahl konservativer englischer Parlamentarier nach einer Reise durch Polen auch die freie Stadt Danzig. Der Danziger deutschnationalen Senat zeigte seinen Gästen die alten und neuen Kunstdenkmäler der berühmten Weichselstadt. Auch der Technische Hochschule wurde ein Besuch abgestattet, wobei die Engländer auf Vorladung eines Danziger Hochschulprofessors auch den in der Hochschule befindlichen großen Sächsischen Hof besichtigten. Hierbei passierte den Danziger Deutschnationalen nun das Mißgeschick, daß die englischen Gäste in einer Ecke große Haufen von Stahlhelmen fanden, die den reaktionären Studentenkompagnien gehörten. Das Gerüchten der Engländer über diesen Fund war außerordentlich groß, da man in den Stahlhelmen eine Kriegsausrüstung sah, die nichts mit Hochschulstudium zu tun hat. Noch größer war die Verlegenheit der deutschnationalen Hochschulprofessoren, die ihre Ungeheuerlichkeit gegenüber den Gästen damit zu bemißen suchten, daß sie ihnen erzählten, die Stahlhelme lagerten dort aus der Revolutionszeit und ihre Ablieferung sei nur vergessen worden.

Der englische Besuch bereite den Danziger Deutschnationalen noch eine weitere Blamage. Mit besonderem Stolz zeigten die Hochschulprofessoren ihren englischen Gästen ein Kriegerdenkmal für die gefallenen Studenten. Der Führer der englischen Besucher, ein englischer Wertbesitzer, gab seiner Bewunderung über die vielen deutschen Kriegerdenkmäler Ausdruck. „In England gibt es ein Nationaldenkmal, das Grabmal für den unbekanntem Soldaten. Sonst hat man aber dort dem Andenken der gefallenen Krieger keine überflüssigen Denkmäler gewidmet, sondern Erziehungsinstitute für die Kriegerwitwen und Genußgenüsse für die Kriegstrüppel. In Deutschland und Danzig aber findet man dafür in Städten von der Größe Danzigs mindestens ein halbes Duzend Kriegerdenkmäler. Das läßt mich mindestens die Schlachtfelder zu, nach es mit der Finanznot bei ihnen nicht so arg bestellt sein kann. Wir haben für dieser Zwecke kein Geld übrig!“ Beschämt schweigen die deutschen Professoren und Senatoren.

# Eine Wendung im Holzarbeiterkampf.

## Die Unternehmer ersuchen um Verhandlungen.

Der Arbeitgeberverband der Holzindustrie, der am 13. Juni die „Generalversperrung“ der Holzarbeiter Deutschlands“ verhängt und damit einen schweren Reinsfall erlitt, hat gestern an das Reichsarbeitsministerium das dringende Ersuchen gerichtet, Einigungsverhandlungen herbeizuführen. Der Reichsarbeitsminister hat diesem Ersuchen sofort entsprochen und die Parteien zu einem möglichst unverzüglichen Aussprache geladen.

Man wird abwarten müssen, was diese Aussprache ergibt. Nach unserer ziemlich genauen Kenntnis der Dinge ist dem Arbeitgeberverband von seinen eigenen Bezirksverbänden wiederholt der Bormurf gemacht worden, daß er zur Aussperrung in leichtfertiger und überstürzter Weise geschritten ist, ohne die Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen. Denn dazu gehört nicht allein, daß man ernsthaft zu verhandeln sucht, was der Arbeitgeberverband niemals getan hat, sondern auch beim Scheitern dieser eventuellen Verhandlungen den Reichsschlichter anruft und mit Hilfe seiner Vermittlung eine friedliche Beilegung des Konflikts versucht. Denn dazu sind schließlich die Schlichtungsinstanzen geschaffen worden.

Wie auch ein Lohnkampf ausgehen mag, die wirtschaftlichen Schäden sind so schwere, insbesondere in der gegenwärtigen Zeit für die Unternehmer, daß man zur Vermeidung dieser Schäden alles versuchen und selbst auch Konzessionen machen muß, über das Maß hinaus, das man sich vorher gesteckt hat. Das ist eine einfache Erfahrung, die die Taktik der Gewerkschaften stets beeinflusst hat.

Aber die Herren im Arbeitgeberverband der Holzindustrie scheinen betriebsfremde Taktik bei Lohnkämpfen noch Birkeländer zu sein. Wenn man berücksichtigt, daß sie vorher die Aussperrung von 150 000 Holzarbeitern großspurig angeündigt hatten, während in Wirklichkeit nur ein Fünftel dieser Zahl ausgesperrt ist, und nur ein Drittel der Holzarbeiter, die bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes beschäftigt sind, dann kann man sich eine ungefähre Vorstellung von den organisatorischen Fähigkeiten der Zetrow und Genossen machen.

Man kann sich heute die Frage vorlegen, ob dieses Ersuchen um Verhandlungen nicht schon zu spät kommt. Was steht tatsächlich noch hinter dem Arbeitgeberverband der Holzindustrie Deutschlands? Abgesehen davon, daß der Arbeitgeberverband der Holzindustrie bisher überhaupt kein Vertragskontrahent ist, sondern nur die bezirkslichen Untereinrichtungen Verträge mit dem Deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossen haben, muß der Verlauf der Aussperrung starke Zweifel in die Kreditwürdigkeit des Arbeitgeberverbandes aufkommen lassen.

Es ist freilich durchaus möglich, daß der Arbeitgeberverband, um sich seinen Bezirksverbänden gegenüber zu isolieren, um Verhandlungen nachgesucht hat, ohne ernsthaft an eine Einigung zu denken. Aber selbst, wenn dieses Gefühl um Verhandlungen genau so blüß sein sollte, wie es die Aussperrung war, so wird das den Arbeitgeberverband vor der verdienten Niederlage nicht retten.

Wenn der Arbeitgeberverband jetzt endlich da aufhört, wo er hätte anfangen müssen, nämlich zu verhandeln, so wird er vielleicht gut tun, die Aussperrung überhaupt aufzuheben. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß diese Verhandlungen am Mittwoch zu keinem positiven Resultat führen und daß die eigentlichen Verhandlungen, die zwischen den Vertragskontrahenten dann notwendigerweise stattfinden müssen, längere Zeit in Anspruch nehmen. Bis dahin könnte aber sehr wohl die ganze Aussperrung auch ohne Anordnung des Arbeitgeberverbandes von selbst beendet sein.

Nach den uns vorliegenden Meldungen bröckelt es weiter im Unternehmerlager ab. So ist u. a. auch in Frankenberg in Sachsen die Aussperrung von den Unternehmern aufgehoben worden. Ähnliche Meldungen liegen von vereinzelten Betrieben aus dem Reich vor. Viele Unternehmer ziehen es vor, lieber die Konventionstrafe zu zahlen, als auszusperrn. Der Verlauf der ganzen Aussperrung zeigt jedenfalls, daß die Scharfmacher im Unternehmerlager in ganz frivoler Weise zur Aussperrung gegriffen haben, ohne sich auch nur ihrer Truppen sicher zu sein.

Dresden, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute fanden auf Veranlassung des Schlichters zwischen den Parteien in der Holzindustrie Verhandlungen zwecks Beilegung der Aussperrung statt. Die Unternehmer erklärten, daß sie das Reichsarbeitsministerium um Herbeiführung zentraler Verhandlungen ersucht hätten. Diese Erklärung veranlaßte den Schlichter, die Einigungsverhandlungen zu vertagen.

## Was geht bei der Reichsbahn vor?

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn bereiten sich Dinge vor, auf die die Gewerkschaften ein machsames Auge werden werfen müssen. Wie verlautet, trägt sich der Ministerialdirektor Hitzler mit dem Gedanken, seine Stellung bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn aufzugeben, weil er, wie behauptet wird, den jetzigen schwerindustriellen Kurs bei der Behandlung des Personals nicht mehr glaubt mitmachen zu können. Interessant wird die Frage erst, wenn man die Frage der Nachfolgerschaft ventiliert. Ausgerechnet auf diesen Posten, der eine starke Dosis sozialen Empfindens voraussetzt, wollen die Herren v. Siemens und Konsorten, unter deren Fuchtel die Hauptverwaltung leidet, den Herrn bringen, der bisher die juristische Begründung für die Rechtslosmachung des Personals geliefert hat, den Abbauminister der Reichsbahn Geheimrat Koser. Wird berücksichtigt, daß auf diesen Mann die Proflosmachung der Betriebsarbeiter zurückzuführen ist, der auch für den an dieser Stelle oft behandelten brutalen Abbau der Beamenschaft verantwortlich ist, dann weiß man, wo der Kurs hingiebt.

Es dürfte bekannt sein, daß man zirka 30 000 Beamte ins Arbeiterverhältnis überführen will, wobei man über deren verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte mit einem Achselzucken hinweggeht. Diese Rücküberführung bedeutet natürlich die rücksichtslose Entlassung ebensolcher Arbeiter. Außerdem trägt man sich mit der Absicht, in absehbarer Zeit nochmals 25 000 Beamte abzubauen, sobald der Reiseverkehr erledigt ist.

Es ist endlich an der Zeit, daß das Personal diese Dinge mit allem gebotenen Ernst betrachtet und die Organisationsmöglichkeiten überwindet, dafür aber mit voller Kraft sich den scharfmacherischen Tendenzen der Hauptverwaltung entgegenstemmt.

## Unbezahlte Ueberstunden beim Reichslandbund.

Den Angehörigen der Erzeugnisabteilung (Betrieb landwirtschaftlicher Produkte) des Reichslandbundes wurde im Oktober v. J. durch Rundschreiben mitgeteilt, die Direktion erwarte von ihnen, daß sie in der Zeit des stillen Geschäftsganges notwendige Ueberstunden ohne Bezahlung leisten; sie könnten auch darauf rechnen, daß sie in der stillen Zeit nicht entlassen werden. Wer für diese „im beiderseitigen Interesse“ liegende Regelung kein Verständnis habe, für den sei kein Platz im Hause des Reichslandbundes.

Dieser Wink mit dem Jaunpfehl, sowie die Aussicht auf Beschäftigung in der stillen Zeit veranlaßte die Angestellten, unbezahlte Ueberstunden in größerer Zahl zu leisten, obwohl der Haustarif eine Ueberstundenbezahlung ausdrücklich festsetzt. Doch die von der Direktion verheißene „Gegenleistung“ in Gestalt von Beschäftigung während der stillen Zeit, blieb für einen Teil der Angestellten aus. Diese wurden zu Ende Juni gekündigt. Nun klagten sie beim Kaufmannsgericht auf nachträgliche Bezahlung der Ueberstunden.

Der Vertreter des Reichslandbundes wollte das Recht der Kläger auf Ueberstundenbezahlung nicht anerkennen, denn, sagte er, die Kläger könnten sich nicht auf den Tarifvertrag berufen, denn sie hätten durch widerspruchsfreie Kenntnisnahme des Rundschreibens ein neues Abkommen mit der Direktion geschlossen, wonach sie sich zur unentgeltlichen Ueberstundenleistung verpflichtet hätten. Ihr Einverständnis mit diesem Abkommen hätten sie auch dadurch bekundet, daß sie bei den Gehaltszahlungen keine Forderung für die Ueberstunden geltend gemacht hätten. Uebrigens seien nach dem Tarif nur die von der Direktion angeordneten Ueberstunden zu bezahlen. Die Kläger hätten aber von sich aus ohne Anordnung der Direktion Ueberstunden gemacht. Das Gericht erkannte den Anspruch der Kläger auf Bezahlung der geleisteten Ueberstunden grundsätzlich an, weil die

Kläger auf Grund des Rundschreibens zu der Annahme berechtigt gewesen seien, es würden keine Kürzungen erfolgen. Nur unter dieser Voraussetzung hätten sie auf Zahlung der Ueberstunden verzichtet. Sie würden sicher Zahlung gefordert haben, wenn sie gemerkt hätten, daß ihr Abbau in Aussicht stehe. Aus der Nichtgeltendmachung der Forderung am Fälligkeitstermin könne den Klägern kein Nachteil erwachsen. Der Tarifvertrag mache die Zahlung der Ueberstunden aus einer Anordnung der Direktion abhängig. Eine solche Anordnung sei durch das Rundschreiben der Direktion erfolgt.

Im übrigen ist es bezeichnend für die Klarheit, daß sie erst betrügerische Versprechungen machen, dann die Ausgebildeten aufs Pfahler werfen.

## Verbandstag der Lederarbeiter.

Hamburg, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wurde im großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses die 18. Generalversammlung des Deutschen Lederarbeiterverbandes eröffnet. Am Montag begannen dann die Verhandlungen. Anwesend waren 43 Delegierte, die 41 720 Mitglieder vertreten, 9 stimmberechtigte Gauleiter und die Mitglieder der Verbandskörperschaften vom ADGB. Vom Sattler- und Schuhmacherverband und von den deutsch-tschechischen und österreichischen Bruderorganisationen sind Vertreter als Gäste anwesend.

Verbandsvorsitzender W. A. H. erstattete den Bericht des Vorstandes über die Jahre 1922 bis 1924. Er schilderte die Schäden der Inflation, welche die Aufhebung nahezu aller Unterstützungen, die Einschränkung des Verbandsorgans, Entlassung aller Hilfskräfte und Unterlassung aller größeren Konferenzen notwendig machten und stellte fest, daß nach der Stabilisierung ganz neu angefangen werden mußte. Die Kassen waren leer. Die Unternehmer suchten die Situation nach Kräften für sich auszunutzen. Die niedrigen Goldmarklöhne mußten durch Lohnbewegungen erhöht werden. Redner betont weiter, daß mit dem Prinzip, als Verbandsbeitrag einen tariflichen Stundenlohn zu erheben, gebrochen werden mußte. Eine Erhöhung der Beiträge sei notwendig, damit ausreichende Streikunterstützungen gezahlt und die jetzt üblichen Sammlungen vermieden werden können. Seit Oktober 1924 seien

## alle Unterstützungen wieder in Kraft.

Die Tarifvertragspolitik soll fortgesetzt werden. Die Mitgliederbewegung zeige folgendes Bild: 1913 hatte der Verband einen Jahresdurchschnitt von 16 231 Mitgliedern; bis zum 3. Quartal 1922 stieg die Mitgliederzahl auf 49 015 Mitglieder; sank dann bis Ende 1923 auf 46 634 und bis Ende 1924 auf 40 170. Der Rückgang erklärte sich aus der rückläufigen Konjunktur, vor allem aber durch das Wüthen der Kommunisten. Mitglieder, die dem Verband offensichtlich schaden, müßten ausgeschlossen werden. Es müßte abgelehnt werden, von der KPD. Vorschriften über den Weg der Organisation entgegenzunehmen. Der Vorstand habe sich stets bemüht, die Einigkeit und Geschlossenheit des Verbandes aufrecht zu erhalten.

Den Kassenbericht gab Bod. Berlin. Er stellte fest, daß in der Inflationszeit die Erhöhung der Beiträge mit der Geldentwertung nicht Schritt gehalten habe und so die Finanzen des Verbandes sehr ins Hintertreffen geraten. In Goldmark berechnet betragen die gesamten Jahreseinnahmen 1923 84 000 M. Das Vermögen betrug Ende 1923 rund 233 000 M. Durch Festlegung der Gelder in Sachwerten und in Industriepapieren habe sich der Verband vor allzu großen Verlusten in der schlimmsten Zeit bewahrt. Dort gebühre den ausländischen Bruderorganisationen für ihre finanzielle Hilfe. Im Jahre 1924 betragen die gesamten Einnahmen 813 000 M., die Ausgaben 484 000 M. — Am Jahresluß war ein Bestand von 388 000 M. zu verzeichnen. Erscheine dieses Ergebnis äußerlich nicht allzu günstig, so ergebe sich ein anderes Bild, wenn man den Durchschnittsbeitrag pro Mitglied betrachte. Während er im Jahre 1913 durchschnittlich 62 Pf. pro Mitglied betrug, belief er sich im Jahre 1924 auf 46 Pf. Die Notwendigkeit weiterer

## Kämpfe zur Erhöhung der Löhne erfordern höhere Beiträge.

Die Aussprache über den Vorstandsbericht füllte die ganze Nachmittagssitzung aus. Die kommunistischen Delegierten polemisierten gegen die Politik des Verbandsvorstandes und gegen die Schreibweise der Lederarbeiterzeitung, die sie als eine einseitige im Sinne der SPD. Politik bezeichnen. Die Mehrzahl der Redner nahm gegen die Ausführungen der kommunistischen Redner Stellung, billigte die Haltung des Zentralvorstandes und des Verbandsorgans und betonte, daß gerade infolge der kommunistischen Taktik die Gewerkschaft sowohl an Mitgliedern wie auch an Stofkraft geschwächt worden sei.

Verantwortlich für Politik: Walter Schöff; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schittmayer; Solales und Sonstiges: Fritz Kersch; Angelegen. d. Gode: Schmidt in Berlin. Verlag: Schmidt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung aus Wissen“.

# HERMANN Billige Bücher

Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee Antiquarische Werke \* Restauflagen \* Neuauflagen

**Romane u. Novellen 45 Pl.**  
Jeder Band 100-200 Seiten stark.....

Becker, Der Ring der Nurmaja	Kaufmann, Türkische Erzählungen
Beethoven, Erlöse. Gespräche, Erinnerungen	Lorreck, Die Groschennot
Bongardt, Das silberne Pferd	Luckwald, Der Zukunft goldener Stern. Roman
Bloom, W. Die Ungeborenen. Geschichten einer unerfüllten Liebe	Malten, Die Erlösung eines Helden. Roman.
Breitano, Baron Hüpfentisch	Mann, H. Die Tote
Bülow, Die stillisierte Frau	Norik, J. a. das Herz. Theatergeschichten
Dreyer, M. Das Riesenpielzeug. Bessere Erzählungen.	Pasau, Das Erbe der Väter
Croissant-Rust, Winkelquartett. Eine komische Kleinstadtgeschichte	Pocci, Kasperle-Theater
Eichler, Hans-Novellen	Poe, Abenteuer des Gordon Pym
Einmann, Die das Leben erstarkte. Roman	Salten, Der alte Narr. Roman
Endre, Nargisch. Türkische Novellen	Sand, Schloss Pitordu. Roman
Graben, Der Brief der Sibylle Brand	Schneider, Die Luxuskabine
Hanz, Einsame Riesen. Erzählungen	Schneider, Helene Tilmann. Roman einer Studentin
Halbe, Ein Meteor. Eine Kunstergeschichte	Schneider, Die ewig Narrische
Hardt, Hart am Bande. Berliner Roman	Schubert, Fräulein Peitphar
Helling, Schön-Ulla. Roman	Schulze-Brühl, Der Meister Stahl. Die Zimmervermieterin
Helling, Das Testament des seligen Eusebius. Roman	Theresia, Familienbriefe
Herodot, Oriental. Königsgeschichten	Turgenjef, Der Duellant
Horowitz, Irrsinnige Liebe	Wittmack, Felice. Roman
	Wittmack, Butenbrink
	Wolffen, Die geschlossene Kette
	Zastrow, Major Kreuzschnabel. Humoresken

**Der König v. Paris.** Roman aus dem französischen Gesellschaftsleben von Georg Ohnet. 404 Seiten. 2,50 Leinenband.....

**Humorist. Schriften** von Mark Twain. Die Abenteuer Tom Sawyers. 300 Seiten. — Die Abenteuer Huckle Berry. Finns. 250 3/4 Seiten. Jeder Band in Leinen geb. 2,50

**Daheim - Kalender 1922** enthaltend Erzählungen, Aufsätze usw. Gebunden..... 25 Pf.

**Der Würfler.** Roman aus dem alten Rothenburg a. d. T. 376 Seiten. Von H. Böttcher. Eleganter Leinenband. 4,00. Früher 4,00. Jetzt nur 2,50

**Memoiren - Romane.** Sheff: Lukrezia Borgia — Dumas: Lady Hamilton — Mircour: Ninon de Lenelos — Ortmann: Katharina II. Jeder Band ca. 600-700 Seiten, 4,50 eleganter Geschenkbund..... 4

**Die zehnte Muse.** Vom Brettl und für Brettl aus aller und neuer Zeit. Gesammelt von Maximilian Bern. 165 Papband, früher 3,00..... 4

**Das Buch der Mütter.** Eine Anleitung zu naturgemäßer leiblicher und geistiger Erziehung der Kinder mit zur allgemeinen Krankenpflege. Von M. E. Kübler. Mit 19 Bildertafeln. 1,90 478 Seiten starker Halbleinenband

**Königin Luise.** Ein Lebensbild von Paul Baillon. 338 Seiten mit zahlreichen Bildnissen. Halbleinenband. 3,75

**Fischers Romanbibliothek 80**  
Jeder Band broschiert..... 80 Pf.

Bang, Am Wege	Keyserlingk, Im stillen Winkel
Holländer, Frau Ellen Rose	Lie, Auf Irrwegen
Muth, Wandern	Nansen, Eine glückliche Ehe
Kellermann, Jäger und Lie	Reuter, Ellen v. d. Weiden

**Berühmte Romane der 165 Weltliteratur** Jeder Band auf gutem Papier gedruckt und in hübschem Einband.....

Alexis, Die Hosen d. Herrn v. Bredow	Gerstlcker, Die Regulatoren
Artaschew, Scanzin	Gerstlcker, Gold
Boccaccio, Dekameron	Hackländer, Der letzte Bombardier
Brachvogel, Friedemann Bach	Hackländer, Europäisches Sklavenleben
Bulwer, Die letzten Tage von Pompeii	Haufl, Lichtenstein
Bulwer, Harold, der letzte Sachsenkönig. Hist. Rom.	Hugo, Die Elenden
Bulwer, Rienzi	Hugo, Der Glöckner von Notre Dame
Casanova, Abenteuer	Jacobson, Niels Lyhne
Cooper, Der rote Fregatbooter	Keller, Der grüne Heinrich
Dickens, David Copperfield	Kügelgen, Jugenderinnerungen
Dostojewski, Raskolnikow	Lagerlöf, Gösta Berling
Dumas, Ange Pitou	Lagerlöf, Jerusalem
Dumas, Der Fall Clamenceau	Levin, Die Grossfürstin
Dumas, Die drei Musketiere	Manson, Die Verlobten
Dumas, Der Graf von Monte Christo	Maritt, Die Frau mit den Karfunkelsteinen
Dumas, Zwanzig Jahre nachher	Marryat, Der fliegende Holländer
Dumas, Zehn Jahre nachher	Murger, Zigeunerleben
Dumas, Das Halsband der Königin	Nathusius, Elisabeth
Dumas, Napoleon Bonaparte	Reichle, Fubla
Dumas, Die Dame mit den Kamellen	Sacher-Masoch, Katharina II.
Dumas, Millionenbrant	Sacher-Masoch, Die Dame im Pelz
Dumas-Mitzelburg, Der Herr der Welt	Scheffel, Ekkehard
Dumas-Mitzelburg, Die Totenhand	Stenkiewicz, Mit Feuer und Schwert
Flaubert, Madame Bovary	Stenkiewicz, Sintflut
Francois, Die letzte Beckenburgerin	Sue, Der ewige Jude
Gerstlcker, Die Flusspiraten	Sue, Die Geheimnisse von Paris
	Tolstol, Auferstehung
	Tolstol, Kreutzerersonste
	Wallace, Ben Hur
	Zola, Germinal
	Zola, Nana
	Zola, Das Paradies der Damen



Die Sehnsucht des Großstädtlers nach Licht, Luft, grünen Wiesen, Bäumen und Sträuchern ist nur zu verständlich. Mit den ersten Anzeichen feimenden Lebens in der Natur schnürt er sein Ränzchen, weckt den Wanderstab aus dem Winterschlaf und zieht hinaus ins Freie. Es ist doch aber immerhin nur verhältnismäßig Wenigen der vier Millionen Berliner beschieden, die Natur außerhalb der Großstadtmauern erleben zu können.

**Der Reiseerfah.**

Für alle die diesen, die vom Schicksal dazu verurteilt sind, auch an den Sonntagen oder in ihrem länglichen Urlaub die berühmte, sogar besungene „Berliner Luft“ einatmen zu müssen, haben wohlbedachte Stadtväter einen Reiseerfah geschaffen, der, so gut er an sich auch sein kann und auch bisweilen ist, aber doch immer nur ein Ersatz bleibt. In allen Gegenden Berlins steigen aus dem Steinhäuten unsere Parkanlagen heraus und bilden in der Wüste „Großstadt“ die Oasen. Im Norden sind Schillerpark und Humboldthain; der Friedrichshain ist im Nordosten. Der Südosten birgt den Treptower Park, an den sich der Plänterwald anschließt. Für den Süden und Südwesten ist der Viktoriapark und schließlich im Westen noch der Tiergarten. Dieser ist allerdings keine Schöpfung unserer Stadtväter, sondern ist bekanntlich anderen Ursprungs. Durch die Schaffung Groß-Berlins sind noch durch zahlreiche andere Parks die Lungen der Großstadt bedeutend vermehrt worden. Hierbei handelt es sich vielfach um die Schloßparks, die in der Regel sehr große Flächen umfassen und prächtigen Baumbestand aufweisen. (Niederhohenschönhausen, Charlottenburg u. a.)

Auch die vielen freien Plätze inmitten des Strahengewirres, die häufig ebenfalls von großen, alten Bäumen bestanden sind, dürfen nicht übersehen werden. Sie können naturgemäß nicht der Masse der Lungen zugezählt werden, spielen aber für die Atmung der Großstadt eine außerordentlich bedeutende Rolle. — Es kann behauptet werden, daß sehr viele Berliner unsere Parkanlagen überhaupt nicht kennen. Sie besuchen wohl die in ihrer Nähe befindlichen und kümmern sich um die übrigen weiter nicht. Wenn etwas besonderes unternommen werden soll, kommt allenfalls an einem Sonntag ein Besuch des Tiergartens oder des Viktoriaparkes in Frage. Es war mir interessant zu beobachten, wie wenig der Viktoriapark unser diesem Namen bekannt ist. Ich fragte eine größere Anzahl Menschen, wie ich genannten Park erreichen könne, und sehr oft bekam ich die Antwort, daß er ihnen gänzlich unbekannt sei. Auf meinen Hinweis, daß der Viktoriapark mit dem Kreuzberg identisch sei, sah ich jedesmal ein erstauntes Gesicht.

**Sehenswürdigkeiten.**

Fast jeder der Berliner Parks hat seine Sehenswürdigkeit. Und es kommt vor, daß die in der Nähe wohnenden Menschen auf diese Sehenswürdigkeiten (wie sie sie auffassen) noch besonders stolz sind. Beginnen wir mit dem Tiergarten. Er hat seinen „Neuen See“ mit den sommerlichen Gondelfahrten und der herrlichen Eisbahn im Winter; ferner den Goldfischteich. Dann finden wir in ihm den Rosengarten, in dessen Mitte sich das höfliche, schon zu Leb-

zeiten errichtete Standbild der früheren Kaiserin erhebt. Neben Denkmälern großer Musiker (Wagner, Vorking, Mozart) sind noch zahlreiche andere ehemals gekrönter Häupter. Es handelt sich wohl um solche, die in der geschmacklosesten Denkmälerstraße der Welt, der „Siegesallee“, keinen Platz mehr gefunden haben. Einen Teil des Nordwestrandes des Tiergartens bilden die „Zelten“, die jedem Berliner Kind mindestens dem Namen nach bekannt sind und die jeder in Berlin anwesende Fremde aufsucht. Erholung kann man in dem dortigen Rummel aber nicht finden. Nur ganz besondere Geschmacksrichtungen werden in den Zelten zufriedengestellt. Nächste



Alte Bäume im Treptower Park.

Station ist der Viktoriapark oder der Kreuzberg, unter welchem Namen er besser bekannt ist. Vor Jahren bildete er den südlichen Abschluß des Berliner Häusermeeres. Für die im Norden der Stadt Wohnenden war damals sein Besuch ein Tagesausflug. — Unter uns breitete sich in ihrer ungeheuren Größe die Riesenstadt aus. Nach Süden glitten die Augen über das Tempelhofer Feld; jetzt ist die Aussicht durch die inzwischen herangewachsenen Bäume und

Sträucher stark beeinträchtigt. Auch die in den letzten Jahren auf dem Felde erstandenen Häuser sperren die Aussicht. Der Park ist wohl einer der schönsten Berlins. Sein hügeliges Terrain gibt ihm einen ganz besonderen Reiz. Auf seinem Gipfel erhebt sich ein Denkmal zur Erinnerung an die Befreiungskriege. Der Kreuzberg — ein künstliches Gebilde — war berühmt durch seinen Wasserfall, der von der Spitze bis hinunter zur Straße steil herniederstürzte. An einigen Abenden in der Woche wurde er durch Scheinwerfer bunt beleuchtet. Durch den Krieg ist der Berliner um dieses Bild gekommen.

Der Friedrichshain, die Luftquelle für den Berliner Citybewohner und den Nordosten, ist berühmt durch seinen Märchenbrunnen, dem von Stadtbaurat Ludwig Hoffmann geschaffenen Reiterwerk. Von hier eilen wir zum Südosten Berlins, um dem Treptower Park unsere Aufmerksamkeit zu machen. Einer der beliebtesten Wege in diesem Park ist der an der Spree entlangführende. Das Leben und Treiben auf dem Wasser bietet dem Spaziergänger viel Abwechslung. Dazu kommt noch das schöne Bild vom jenseitigen Ufer, dem vielbesungenen Stralau mit seiner rezenten alten Kirche. Seine Berühmtheit erlangte der Treptower Park schon durch die 1896 dort abgehaltene Berliner Gewerbeausstellung. Die Sternmarke mit dem Riesenfernrohr und vor allem die vielen großen Sommerrestaurants mit dem „Brillant-Land- und Wasserfeuerwerk“ gehören zum eisernen Bestand Treptows. — Die Ringbahn bringt uns gen Norden nach dem Gesundbrunnen — und somit zum Humboldthain. Gerade für den Norden mit seinen vielen Fabriken und seiner dichten Bevölkerung hat der Humboldthain eine sehr wichtige Mission zu erfüllen. Er war auch einer der ersten Parks, deren Rasenflächen an bestimmten Tagen der Woche der Schuljugend zur Verfügung standen. Auch der Humboldthain hat seine Berühmtheiten. Zunächst ein Denkmal für den Ramenpender: Ein riesiger Granitstein aus den Rauenischen Bergen, mit Gedentafel, und dann noch den Stier aus weißem Marmor, der vor etwa 25 Jahren dort hingestellt wurde und 40 000 Mark gekostet haben soll. Der Stier war kaum dort aufgebaut, als der Berliner auch schon seinen Biß darüber hatte. Er fragte: „Was stellt denn dieser Stier nun eigentlich vor?“ Die Antwort sollte lauten: „Das linke (oder rechte? D. Berl.) Vorderbein.“ Die meisten wußten das natürlich nicht. — Die gewaltige Ausdehnung des Berliner Nordens und seine ständig wachsende Bevölkerungszahl gaben denn auch den Grund für die Anlage des Schillerparkes im höchsten Norden. Dort, wo früher der letzte Sand der Reberger die Luft füllte, wurden muster-gültige Anlagen geschaffen. Er ist der jüngste unter seinen Brüdern und deshalb im Wachstum noch etwas zurück. Sein bisheriges Gedeihen gibt aber zu den schönsten Hoffnungen Anlaß. Der Schillerpark hatte, nach meiner Erinnerung, die erste der Berliner Planschwiesen.

Noch vieles ließe sich über die zahlreichen kleineren Parks und freien Plätze sagen. Das heutige über die grünen Lungen Berlins soll aber genügen. Für alle, die unsere Berliner Parkanlagen noch nicht kennen, sollen diese Zeilen einen Hinweis darstellen mit der Aufforderung: Besucht eure Parks und nehmt teil an dem Guten, das sie euch bieten.

**Die Baumwollpflücker.**

Roman von B. Traven.

Copyright 1925 by B. Traven, Columbus, Tamaulipas, Mexico.

Freilich, da jetzt die Sonne senkrecht über uns stand wie mit dem Lot gerichtet, gehörte schon eine langausprobierte Übung dazu, herauszufinden, wo eigentlich der Schatten war. Zeit war ihnen ein ganz und gar unbekannter Begriff; und weil sie wußten, daß ich ja auch dort hin wollte, wo sie hin wollten, überließen sie es mir, den Weg auszukundschaften. Sie würden gehen, wenn ich gehe, nicht früher; und sie würden mir folgen und wenn ich sie bis nach Peru führte, immer in der Gewißheit lebend, daß ich ja zum gleichen Ort müsse wie sie.

2.

Wenn ich nur wüßte, wo Jutil — — zu finden sei. In der Nähe der Station war kein Haus zu sehen. Die Stadt, zu der die Station gehörte, mußte irgendwo im Busch versteckt liegen. Ich machte nun den Vorstoß, daß wir erst einmal in diese Stadt gingen, wo sicher jemand zu finden sein wird, der den Weg weiß.

Nach einer Stunde kamen wir in die Stadt. Zwei Häuser nur waren aus Brettern. In dem einen wohnte der Stationsvorsteher. Ich ging hinein und fragte ihn, wo Jutil — — liegt. Er wußte es nicht und erklärte mir höflich, daß er den Namen nie gehört habe.

Fünfhundert Meter von diesem Holzhaus war das andere „moderne“ Brettergebäude. Es war der Kaufstaden. Er war gleichzeitig Postamt, Billardsalon, Bierwirtschaft, Schnapsauschank und Agentur für alle möglichen Dinge und alle möglichen Unternehmungen. Ich fragte den Inhaber, aber er konnte den Ort auch nicht und sagte mir, innerhalb fünfzig Kilometer im Umkreis sei er sicher nicht, denn da kenne er jeden Platz und jeden Farmer.

Da kam einer von den Billardspielern, die ebenso zerlumpt aussahen wie wir, an den Ladentisch, setzte sich darauf, drehte sich eine Zigarette, wobei er den Tabak in ein Maisblatt wickelte, und als er sie angezündet hatte, sagte er:

„Den Ort kenne ich nicht. Aber die einzigen Baumwollfelder, die hier in dem ganzen Staate überhaupt sind, liegen in jener Richtung.“

Dabei streckte er den Arm ziemlich unbestimmt nach jener Gegend hinaus, die er meinte.

„Von dort her,“ fügte er hinzu, „ist vor drei Jahren ein-

mal ziemlich viel Baumwolle hier verladen worden. Die Farmer kamen mit Autos, also wird wohl noch etwas Weg übrig geblieben sein. Ob einer von den Farmern Mr. Shine hieß, weiß ich freilich nicht, ich habe nicht nach den Namen gefragt, ich habe nur beim Verladen mitgearbeitet.“

„Wie weit kann es denn sein?“ fragte ich. „Wenigstens achtzig Kilometer von hier, vielleicht neunzig. So genau weiß ich es nicht. Die kamen mittags an und sind sicher früh morgens abgefahren.“

„Dann müssen wir also in jene Richtung gehen, wenn in einer anderen Richtung keine Baumwolle gebaut wird.“

„Ich glaube sicher,“ sagte er dann, „daß einer von den Farmern Mr. Shine heißen kann, alle sind Gringos.“

„Gringo“ ist in Latein-Amerika der Spottname für Amerikaner. Er hat ungefähr dieselbe mißachtende Bedeutung wie „Boche“ in Frankreich für Deutsche. Aber die Amerikaner, die viel zu viel unzerstörbaren Humor besitzen, um sich so leicht beleidigt zu fühlen und sich dadurch das Leben schwer zu machen, haben diesem Spottnamen die ganze Schärfe genommen dadurch, daß sie, wenn in Latein-Amerika gefragt, was für Landsleute sie seien, sie sich selbst „Gringo“ nennen. Und sie sagen das mit einem so heiteren Lächeln, als ob es der schönste Biß wäre.

Die übrigen Gebäude der Stadt, etwa zehn oder zwölf, waren die üblichen Indianerhütten. Sechs rohe Stämme senkrecht auf den Erdboden gestellt und ein Dach aus trockenem Gras darüber. Die besseren hatten Wände aus dünnen Stämmchen, aber nicht dicht aneinander gefügt. Keine Türen, keine Fenster, alles, was in der Hütte vor sich ging, konnte man von außen sehen. Die einfacheren Hütten, wo ärmere oder bequemere Mexikaner wohnten, hatten nicht einmal diese angedeuteten Wände, sondern oben um das Dach herum hingen einige große Palmblätter, um die Strahlen der Sonne, wenn sie in den frühen Vormittagsstunden und am späten Nachmittag schräger einfielen, abzuschatten.

Das Vieh und das Hühnervolk hatten keine Ställe. Die Schweine mußten sich draußen im Busch irgendwo und irgendwo das Futter zusammensuchen. Die Hühner sahen nachts in dem Baum, der der Hütte am nächsten stand. Eine alte Kiste oder ein durchlöcherter Schilfkorb hing an einem Ast, wo die Hühner brav ihre Eier hineinlegten.

Rund um die Hütten standen Bananenstauden, die, ohne jemals gepflügt zu werden, ihre Früchte in reichen Mengen spendeten. Die kleinen Felder, wo nur gesät und geerntet, sonst nichts getan wurde, lieferten Mais und Bohnen mehr als die Bewohner aufbrauchen konnten.

In einer dieser Hütten nach dem Wege zu fragen, war zwecklos. Wenn eine Auskunft überhaupt zu erhalten war, so war sie sicher falsch. Nicht falsch gegeben mit der Absicht, uns irre zu führen, aber aus purer Höflichkeit, irgendeine beliebige Auskunft zu geben, um nicht „nein“ sagen zu müssen.

3.

So wanderten wir denn fröhlich los in jener Richtung, die uns im Postamt von dem Billardspieler genannt war und die ich für die einzige glaubwürdige hielt.

„Achtzig Kilometer“ war uns gesagt worden. Also werden es wohl hundertzwanzig oder hundertfünfzig Kilometer sein.

Wir waren unserer sechs. Da war der Mexikaner Antonio, spanischer Herkunft, der mich zuerst angesprochen hatte.

Dann kam der Mexikaner Gonzalo, indianischer Abstammung. Er war nicht ganz so zerlumpt wie Antonio und hatte ein Bündelchen, eingewickelt in eine alte Schilfmatte, und eine schöne, nach mexikanischer Art farbenfreudig gemusterte Decke, die er über der Schulter trug.

Der Chineser Sam Woe war der eleganteste Burleske unter allen. Der einzige, der ein helles und frisch gewaschenes Hemd trug, heile Hosen hatte, gute Straßenschuhe, seidene Strümpfe und einen runden städtischen Strohhut. Er hatte zwei Bündel, ziemlich reichlich gepackt. Sie schienen gar nicht so leicht zu sein.

Er hatte immer die praktischsten Ideen und Ratschläge, lächelte immer, konnte das „R“ nicht aussprechen und war scheinbar immer guten Mutes. Es wurde mit der Zeit unser größter Kummer, daß wir ihn mit nichts, was immer wir auch taten, wütend machen konnten. Er hatte in einem Delfeld als Koch gearbeitet und gut verdient. Sein Geld hatte er vorsichtig auf einer chinesischen Bank in Guanajuato hinterlegt, was er uns gleich erzählte, nur damit wir nicht etwa denken sollten, er trüge es bei sich und könnte dafür geopfert werden.

Baumwolle pflücken war ja nicht gerade seine große Leidenschaft — meine noch viel weniger — aber weil es nicht so sehr außerhalb seines Weges lag, wollte er die sechs bis sieben Wochen Verdienst noch mitnehmen. Er hoffte dann zum Herbst ein kleines Restaurant — „comida corrida 50“ — eröffnen. Er war der einzige unter uns, der wohlüberdachte Pläne für die Zukunft hatte.

(Fortsetzung folgt.)

## Ein Kinderfest.

Gibt es einen besseren Zeitpunkt für ein Volksfest, als die erste Strophe von Schillers Ode „An die Freude“, die gewissermaßen das Motto des Gemeinde-Kinderfestes in Friedrichshagen war? „Deine Zauber binden wieder, was die Mode streng geteilt; alle Menschen werden Brüder.“ — Auch gemeinsam ertragene Not und Sorge schließen zwar die Menschen zusammen, doch, wie alle haben es erfahren, meist nur aus äußerem Zwang. Die Einigkeit hört wieder auf, wenn die Notwendigkeit dazu nicht mehr vorhanden ist. Freude aber ist ein stärkeres Bindemittel; Freude macht gut. Sie erweckt das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit allen, das in reiner Verlangen, alle daran teilnehmen zu lassen; alle Menschen werden Brüder. Wer das nur als eine idealistische Phrasen belächeln kann, der hätte sich am Sonntag in Friedrichshagen einfinden sollen. „Alle Kinder ohne Ausnahme dürfen dabei sein! Alles kostet die Kinder und Festbesucher keinen Pfennig!“ verkündete das Programm des Kinderfestes. Und dabei gab es eine Welterstschau, ein Festspiel, Kaspertheater und andere Belustigungen für die Kinder, Konzert. Wer hatte die Mittel dazu aufgebracht? Die Freude, der Glaube daran, das Wissen um sie. Die Kunstgemeinde Friedrichshagen hatte zum Kinderfest aufgerufen, hatte die Beratung und Leitung übernommen. Unentgeltliche Nähstunden für die Mütter waren abgehalten worden, in denen sie die Bekleidung für ihre kleinen Indianer und Araber, Regierinnen, Sapanerinnen und Holländerinnen, oder in was sie sonst ihre Kinder verwandeln wollten, zurechtzuschneiden, aus Ketten, die sich im Haushalt vorfinden, häufig ohne jede Geldausgabe. Und wie geschmackvoll, oft sogar künstlerisch wirkten die Kostüme! Schulfest hatten die nötigen Plakate gemacht, auf denen hauptsächlich kühne Indianer mit Adlernasen und Federbusch zu sehen waren, hatten überall mit Hand angelegt, waren mit Eifer in der Gemeinde sammeln gegangen, für ihr Fest, das in höherem Sinne wirklich ein Fest der Gemeinde war. Wer geben konnte, gab gern. Doch ob arm oder reich, niemand war von der Freude ausgeschlossen, niemand fühlte sich zurückgesetzt. Kinder, die kein Kostüm trugen, machten den Festzug, der in Erdteile gegliedert war, in der Gruppe „Europa“ mit. Erwachsene waren als freiwillige Ordner am Werk, um für den guten Verlauf des Tages zu sorgen; fast ausnahmslos zeigten auch die Kinder die musterhafte Selbstdisziplin, zu der das in vorbildlichem Stil gehaltene Programm sie aufforderte. Sicher ist der Tag, der ja — auch in seinem Festspiel „Friedensempfang und Tanzfest der Völker beim Regierfürsten Zulabamba“ — höchst anschaulich die Einigkeit propagierte, auch pädagogisch nicht zu unterschätzen.

Das von echten Kinder- und Menschenfreunden aneregte Unternehmen hatte von allen Stellen der Gemeinde tatkräftigste Unterstützung erfahren. Doch leider die Beteiligung und Mühsal des Organisationsrat gering war, ist gerade im Sinne der ethischen Tendenz des Festes sehr bedauerlich. Doch ist zu hoffen, daß es hier für sich selber geworden hat und daß das Verständnis, das an dieser Stelle diesmal leider ausblieb, doch im nächsten Jahre nicht fehlen wird.

## Der Brand in der Linden-Markthalle.

### Ein zweiter Brand neben der Markthalle.

Der Riesenbrand in den Kellerräumen der Markthalle Lindenstraße, der gegen 10 Uhr morgens ausgebrochen war, konnte erst nach 1 Uhr nachmittags abgelöscht werden, nachdem es den vereinten Bemühungen der Mannschaften von sechs Löschzügen erst nach vierstündiger Tätigkeit gelungen war, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Von 152 Uhr nachmittags an konnten dann die eigentlichen Aufräumarbeiten in Angriff genommen werden, die sich ziemlich schwierig gestalteten.

In den dunklen, kreuz und quer unter dem ganzen Hallenterrain sich hinziehenden Gängen mit ihren zahllosen Verschlägen herrschte von dem Brand eine ständige, mit beizendem Qualm geschwängerte Luft, die die Feuerwehrleute immer wieder zwang, die Gasmasken anzulegen, wodurch natürlich in der mit Fackeln nur mühsam erleuchteten unterirdischen Markthallenwelt die Orientierung für die Löschmannschaften noch mehr erschwert wurde. Dazu kam noch, daß in den Gängen auch die ganzen starken Rohrleitungen der Markthalle sich unter den Decken entlangziehen, so daß streckenweise die Mannschaften nur gebückt vordringen konnten. Für die Aufräumung an der Brandstelle wurden zur Ablösung zwei weitere Löschzüge, darunter ein Zug der Neubühler Wehr, herangezogen, da die Löschmannschaften der übrigen Züge von ihrer schwierigen Arbeit stark erschöpft waren. Mit Äxten und Beilen mußten die Leberreste der Laternenverschlüsse in dem von dem Brand betroffenen Kellerteil unter der Blumenhalle niedergelegt und auf die rauchenden Trümmer noch fortwährend Wasser gegeben werden. Verbrannt ist nach den bisherigen Feststellungen eine große Menge von Packmaterial der Standinhaber der Blumenhalle, daneben aber auch große Vorräte an künstlichen Blumen, die dort lagerten, um in den Wintermonaten für Trauerkränze u. dgl. Verwendung zu finden. Ferner sind einige in der Nähe befindliche große Kühlräume mit Pöfelfleisch von den Flammen erfaßt, bzw. die Kühlanlagen zerstört worden, so daß das dort über Sonntag eingelagerte Fleisch verloren ging. Inwiefern bei der durch das Feuer erhigten Temperatur in den Kellerräumen auch sonst dort aufgestapelte Lebensmittelvorräte verdorben sind, wird erst durch die Standinhaber festgestellt werden. Ob und inwiefern ein Gebäudeschaden angerichtet ist, muß erst untersucht werden. Voraussichtlich werden diejenigen Teile der Markthalle, die unmittelbar über dem Brandherd liegen, nicht eher für den allgemeinen Verkehr freigegeben werden, bis eine Sachverständigenkommission dies gestattet oder bis etwa notwendige Absteifungen in den Kellerräumen vorgenommen worden sind.

Eine seltene Duplizität der Ereignisse wollte es, daß während der Aufräumarbeiten in der Markthalle zwei Häuser weiter in der Handelsstraße Belle-Alliance ein zweiter Kellerbrand ausbrach. Angestellte, die dort ihre Mittagspause machten, haben plötzlich aus dem Kellereingang eines Nebenhofes der Handelsstraße Qualmwolken aufsteigen. Sie benachrichtigten die Führer der in der Lindenstraße haltenden Feuerwehrfahrzeuge. Diese sorgten dafür, daß aus der Lindenmarkthalle schleunigst Mannschaften herausgezogen wurden, die nun nach der Handelsstraße eilten und dort einen Brand in den Kellerräumen der Buchhändlerfirma Sperling feststellten. In aller Eile wurden Schlauchleitungen dorthin gelegt und das Feuer bekämpft. Aus noch nicht aufklärter Ursache hatten sich hier Papierabfälle entzündet, so daß die Flammen reiche Nahrung fanden und sich schnell ausbreiteten. Nur der Tatsache, daß die Feuerwehr gleich bei der Hand war, ist es zu danken, daß dieser Kellerbrand schnell abgelöscht werden konnte, bevor er in dem Industriegebäude größere Dimensionen annehmen konnte. Auch hier war die Qualmentwicklung so stark, daß die Angestellten in den über der Brandstelle liegenden Erdgeschossen ihre Arbeitsstellen verlassen mußten. In beiden Fällen, in der Lindenhalle wie in der Handelsstraße, dürfte das Feuer auf Fahrlässigkeit zurückzuführen sein.

### Auf der Spur eines Museumsdiebes.

Aus dem Museum zu Königsberg i. Pr. wurden eine Anzahl wertvoller Gemälde gestohlen. Wie die Ermittlungen jetzt ergeben haben, ist der Dieb wahrscheinlich ein 33 Jahre alter Kunsthändler Walter Wohlgemut. Dieser stammt aus Königsberg und wohnte in der letzten Zeit in Berlin in der Meißelstraße. Hier hatte er von einer Dame, die zu ihrer Erholung eine Heilanstalt aufsuchen mußte, ein Atelier angemietet, in dem sie eine Fülle von Kunstgegenständen aller Art verwahrte. Diese vertraute sie ihm so lieber der Obhut ihres Meisters an, als er Kunsthändler war. Ihr Vertrauen wurde jedoch schwer getäuscht. Bei ihrer Rückkehr war Wohlgemut verschwunden. Er hatte verschiedene Kunstgegenstände mitgenommen, die zum Teil bei Berliner Antiquitätenhändlern, an die er sie verkauft hatte, wiedergefunden wurden. Wie festgestellt

wurde, hat sich Wohlgemut von Berlin wieder nach Königsberg gewandt und dort zur Zeit des Gemälde Diebstahls aufgehalten. Auf ihn fällt deshalb der Verdacht dieses Diebstahls um so mehr, als er jetzt aus Königsberg wieder verschwunden ist. Der Flüchtling ist 1,70 Meter groß und sehr kräftig gebaut, hat ein rundes volles Gesicht, blondes Haar, das er nach hinten gefächelt trägt, und einen blonden Schnurrbart und trägt eine Brille mit gelblich-braunen Gläsern.

## Achtung! Genossinnen! Große Funktionärinnen-Konferenz

Dienstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr,  
im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof III.  
(Nicht um 7 Uhr, wie erst angegeben.)

Tagesordnung: 1. „Jölle und Außenpolitik“. Referentin: Genossin Rathilde Wurm. — 2. Aussprache. — 3. Vorschläge zur Wahl der Delegierten zum Parteitag und zum internationalen Sozialistenkongress in Marseille. — 4. Taktikfrage 6. Kreis.

## Die Pläne des Ingenieurs.

### Disziplin — nicht seine Sache!

Der „Ingenieur“ B. aus Emmerich hat mit den Strafbehörden schon manches Mal zu tun gehabt. Jetzt sucht er vor der Berufungskammer in Moabit ein milderes Urteil in einer Anklage wegen Betruges zu erzielen, die ihm bei der ersten Verhandlung 9 Monate Gefängnis eingebracht hatte. Die Berufung wurde verworfen.

B. ist also Ingenieur! Wenn man jemandem nicht das Gegenteil nachweisen kann, muß man ihm eben glauben. Der Herr Ingenieur betreibt dunkle Geschäfte. Seine „Konstruktionen“ und „Erfindungen“ sind eigenartiger Natur. Die Vorgesetzten kommen nur immer ihm zugute, seine Kunden sollen stets rein. Dieses Mal war eine Frau J. aus Spandau die Leidtragende. Der Angeklagte hatte ganz zufällig von der Anwesenheit der Dame, die aus seiner Gegend gebürtig ist, in der Großstadt erfahren. Gleichzeitig waren ihm ebenfalls über Frau J. Dinge zu Ohren gekommen, die anständige Menschen darin zu verurteilen pflegen. Anders herr Ingenieur B. Er geht persönlich zu Frau J. in Spandau und gewinnt „auf diese Weise“ ihr Vertrauen. Als „tüchtiger Fachmann“ hieß es nun sofort Pläne entwerfen für ein möglichst einbringendes „Lügendebäude“. Frau J. war daran beteiligt, allerdings schmerzhaft! Sie hatte nur zu zahlen. Wenn das Bargeld nicht mehr reichte, gab die Vertrauensselige Ringe und andere Schmuckstücke. Der Ingenieur hatte auch reichlich Pech, d. h. er sagte sich ganz richtig, je mehr Unglück ihm begegne, je größer würde sein Glück. Denn jedes neue Unternehmen mußte doch wieder neu „finanziert“ werden. Als aber alles fehlschlug, ein wichtiger Direktor plötzlich erkrankte, ein anderer ausschlaggebender Leiter gerade jetzt verreisen mußte, da versagte eines Tages auch die Geld- der Geschädigten. Der Zusammenbruch des „Schwindelhauses“ entbehrt nicht einer gewissen Komik. Schuldige pflegen manchmal doch ein schlechtes Gewissen zu haben und machen sich dann etwas „leisener“. So auch der Herr Ingenieur. Er kam nicht mehr so oft wie früher. Eines Tages aber wird er ans Telefon gerufen, seine „Kustrogeberin“, Frau J. aus Spandau, hat Herrn B. noch einmal zu sich heraus zu einer „liebdevollen“ Aussprache. Der Angeklagte schien neue „Hilfsmittel“ zu wittern und fuhr hinaus: Er hatte sich denn auch nicht getäuscht, neue „Hilfsmittel“ waren bereitgestellt in Gestalt... zweier Kriminalbeamten! Heute rollten sich nun die bösen Geschäfte des Angeklagten noch einmal ab: es half ihm nichts, wenn er die Person der Geschädigten auch noch weiterhin damit blötelte, daß er von Beziehungen zwischen der Zeugin und sich sprach. Frau J. mußte allerdings zugeben, daß sie den Angeklagten „mehr als freundlich“ behandelt habe. Ueber weitere Angaben half ihr das diskrete Uebergehen dieser Sache des Vorstehenden hinweg. Herr Ingenieur B. aber hätte sich die vielen persönlichen Utensilien, die er zu seiner Verteidigung mitgebracht hatte, sparen können. Seine „Pläne“ erhielten die gleiche Würdigung wie das erstmal. Er darf weiter noch 9 Monate über seine „Konstruktionsfehler“ in der einjamigen Ruhe Moabits nachdenken!

## Rathenau-Gedenkfeier des Reichsbanners.

Vor einem Jahre trat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Berlin am 24. Juni, dem zweiten Todestage Rathenaus, zum ersten Male vor die Öffentlichkeit. Aus allen Stadtteilen zuziehende Vorkämpfer, geschmückt mit den Fahnen und Farben der Republik und den Reichsbanner-Kameraden, nach dem Grabe Rathenaus in Oberschöneweide hinaus, wo eine ergreifende Feier stattfand. Tausende von Menschen säumten nachher die Straßen, durch die der lange Zug im Lichte der Fackeln und beim Gesang der Kameraden den Rückweg nahm. Das Reichsbanner hat es sich zur Ehrenpflicht gemacht, am Todestage Rathenaus stets seiner durch eine besondere Veranstaltung zu gedenken. Auch in diesem Jahre veranstaltet daher das Reichsbanner am Grabe eine würdige Kundgebung. Die Kameradschaft Treptow wird den Tag über am Grabe die Ehrenwache stellen. Die Hauptkundgebung findet am Abend statt. Die Kameradschaften treffen sich in den einzelnen Stadtteilen und kommen um 8 Uhr an dem Wäldchen vor dem Friedhof zur Feier zusammen. Hier wird ein führender demokratischer Abgeordneter die Worte des Gedenkens sprechen. Darauf schließt sich die Niederlegung der Kränze an. Gesang und Musik wird die Feier zum Abschluß bringen. Dann erfolgt die Aufstellung der Kameraden zum geschlossenen Rückmarsch durch die Rathenau-, Wilhelmshof-, Brüden-Strasse zum Bahnhof Niederschöneweide. Dort erfolgt die Auflösung des Zuges und die Rückkehr der Kameraden mit der Bahn und Postauto nach den einzelnen

## Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 23. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.30 Uhr nachm.: Onkel Doktor als Märchenerzähler: „Schmutz-Lotte“ und „Geschichte vom Nagelzwerg“ (arraktiert von Dr. med. E. Mosbacher). 5—9.30 Uhr abends: Konzert. Dirigent: Dr. W. Buschhütter. 7 Uhr abends: Frau Reichstagsabgeordnete Juchacz spricht über Arbeiterwohlfahrt. 7.30—8.20 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 7.30 Uhr abends: Abteilung Heilkunde. Dr. Paul Borinski: „Die Milch in ihrer gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedeutung“. 2. Vortrag. „Die Milch als Nahrungsmittel, I. Teil“. 8 Uhr abends: Abteilung Literatur. Dr. Max Froyhan: „Das moderne Drama“. 5. Vortrag. „Das magische Drama: Ernst Barlach“. 8.30 Uhr abends: Biedermeierhumor. 1. Beethoven: a) Mit einem gemalten Bande (Goethe), b) Neues Liebes neues Leben (Goethe), c) Der Kuß (C. F. Weisse) (Maximilian Willmsky, Tenor). 2. a) Kopisch: Der große Krebs im Mohriner See, b) Kopisch: Die Zwerg von Pinneberg, c) Kopisch: Altweibergespräch, d) Chamisso: Irdische Geschichte, e) Chamisso: Der Frau Bass guter Rat, f) Schaeffer: Postdienst auf dem Bahnhof (Rosi Langer, Rezitation). 3. Schubert: a) Ständchen (Shakespeare), b) Ungeduld (W. Müller). Aus dem Dreimäderlhaus: c) Lied aus Wien, d) Unter einem Fliederbaum, e) Liebes Schicksalsblümchen sprich (Maximilian Willmsky). 4. a) Scheffel: Pampus von Perusia, b) Holtei: De neuas Stieweln, c) Holtei: A Gänseblümchen, d) Eichrodt, gen. Biedermeier: Don Ramudo oder die Stunde der Erhabenheit, e) Eichrodt, gen. Biedermeier: Die Rache, eine schändliche Ballade (Rosi Langer). Am Flügel: Otto Urack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 Uhr abends: Domschreiber Hans Wegener: „Die Geschichte der 1000jährigen Stadt Arnoburg a. E.“.

Stadtteilen. Es wird damit gerechnet, daß die republikanische Bevölkerung sich an dieser Kundgebung in großem Umfang beteiligt.

## Jugendliche Einbrecher.

### Verhaftung einer fünfköpfigen Bande.

Eine fünfköpfige Einbrecherbande konnte durch die Kriminalpolizei unschädlich gemacht werden. Die Mitglieder der Bande waren junge Burtschen im Alter bis zu 22 Jahren. In der letzten Zeit wehrten sich Einbrüche in Parterrewohnungen, bei denen die Fensterscheiben eingedrückt wurden. Die Art der Einbrüche ließ darauf schließen, daß immer dieselben Diebe an der Arbeit gewesen waren.

Schließlich fiel der Verdacht auf den 22 Jahre alten Walter Mattes, der wegen Krankheit aus der Strafkast beurlaubt war. Die fortgesetzten Beobachtungen führten dazu, daß man ihn und einen Martin Schulze an der Mantuffel- und Ede Waldemarstraße festnehmen konnte. Da sich zufällig zwei andere Burtschen, ein 17 Jahre alter König und ein 18 Jahre alter Sommer in der Nähe der beiden herumtrieben und mit diesen geheimnisvollen Zeichen auszutauschen versuchten, so mußten sie den Beamten ebenfalls in das Polizeipräsidium folgen. Bei König fand man in der Brusttasche einen Mietkontrakt. Bei der Nachprüfung stellte es sich heraus, daß alle vier am Tage zuvor einen Einbruch in einen Grünramladen in der Falstiger Straße verübt hatten. Dabei hatten sie auch den Kontrakt entwendet. Die Beute aus dem Laden, mehrere Kiepen Eier, Kakao, Butter, 24 Paar Schnürsenkel und anderes, hatten sie am selben Tage an der Schillingbrücke auf offener Straße verkauft und die Kiepen nachher in die Spree geworfen. Bei Sommer fand man ein Paar Schnürsenkel, die er für sich zurückbehalten hatte. Der Grünramhändler hatte noch keine Anzeige erstattet und leider war das Paar Senkel das einzige, was man ihm wiedererlangen konnte. Weiter wurde der jugendlichen Bande ein Einbruch in der Sorauer Straße nachgewiesen, den sie vor einiger Zeit auf ihre Art durch Einschlagen der Fensterscheibe ausgeführt hatte. Mit dieser Beute waren sie nach Werder a. d. H. gefahren, da ihnen „die Münze“ zum Verkauf der Waren zu gefährlich erschien. In Werder aber brachten sie nur die wertvollsten Stücke bei kleinen Leuten unter, die sie natürlich im guten Glauben kauften. Den Rest brachten sie zurück nach Berlin. Jetzt erfuhr der ältere Bruder des Mattes von dem Einbruch und drohte ihm mit einer fürchterlichen Tracht Prügel, wenn er nicht sofort das Diebesgut dem rechtmäßigen Eigentümer wieder zustelle. Voller Angst sandte der jüngere den Rest in einem Postpaket zurück. Als dritter Einbruch wurde ihnen ein Diebstahl in einer Gemeindefabrik in der Reichenberger Straße nachgewiesen. Hier hatten sie in den Toiletten die Bleirohre abgeschraubt und verkauft. Bei einem der Burtschen fand man eine Zeichnung, die wie die Beamten der Dienststelle B. L. 3 weiter ermittelten, auf ein Lokal in der Reichenberger Straße paßt. Sicherlich hätten sie auch dieses mit ihrem Besuch beehrt, wenn ihre Furcht nicht dazwischen gekommen wäre. Als „gewiegte Jungens“ geben sie selbstverständlich nur das zu, was man ihnen einwandfrei nachweisen kann. Ohne Zweifel kommen sie aber noch für mehrere andere Einbrüche, die nach „ihrer Art“ gemacht worden sind, in Frage. Alle dahingehenden Mitteilungen nimmt die Dienststelle B. L. 3, Zimmer 103, im Polizeipräsidium entgegen.

## „Kofferdiebe“.

In jedem Jahr zu Beginn der Reisezeit geben viele gewerbsmäßige Verbrecher ihre Spezialität für eine Weile auf und versuchen sich durch Kofferdiebstähle an den Bahnhöfen ihr „tägliches Brot“ zu verdienen. Es ist selbstverständlich, daß die Kriminalpolizei dem Rechnung trägt, und daß die verneigten Streifen der Fahndungsinspektion alles tun, um diesen Leuten den „Brotterwerb“ zu erschweren. Immerhin gelingt es den Gaunern, die meistens als Gepäckträger auftreten, hier und da doch einmal eine Stadtbremse zu bestehlen. So wurden in den letzten Tagen drei derartige Diebstähle verübt. Einer Dame aus Heidelberg stahl ein falscher Gepäckträger am Lehrter Bahnhof eine braunleberne Handtasche, 75x50x12 Zentimeter groß. Am Sockel der Schmudstasche war der Name „Löwenthal“ eingraviert. Sie enthielt Schmudsfächer, u. a. ein Kollier mit zwei Brillantanhängern und andere Stücke, zusammen im Werte von 5000 Mark. Am Anhalter Bahnhof wurde einem reisenden Ehepaar ein Lederkoffer mit hellgrauer Lederzug entwendet, der Herren- und Damenwäsche enthielt, die H. B. und H. W. gezeichnet ist. Außerdem waren darin ein hellgrauer Anzug, Abendkleider und ein Album mit Stadteinsichten aus Luzern und Zugspitze. Der dritte Fall ereignete sich auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Hier wurde einem Engländer ein Koffer gestohlen, der den Ausdruck John Bourne, London D. trug. Er enthielt für 3000 Mark verschiedene Gegenstände. Mitteilungen, die dazu dienen können, diese Sachen wieder herbeizufinden, nimmt Kriminalkommissar Dr. Niemann im Zimmer 84 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Danzig in Berlin.

Wieviel tausend Danziger mögen gestern nach dem Abendbrot mit dem Hörer am Ohr, dem Programm in der Hand und vielleicht auch nicht ganz ohne Heimweh im Herzen am Radioapparat gelauscht haben? Und in wieviel anderen, die zu dieser schönen Stadt enge Beziehungen nicht haben, wird Lust zu einer Sommerreise in den „fernen Osten“ geweckt worden sein? Deutschland ist gewiß nicht arm an Städten, deren geschichtliche Vergangenheit noch heute laute Zeugnisse aufweist. Aber Danzig ist von diesen lebensfrischen Chroniken bunter Historie eine der reiz- und charaktervollsten. Wenn es je möglich war, einen Blick zu tun auf die „Dange Brücke“ und das „Rantor“, wer bei der Wanderung durch die altertümlichen Gassen mit den berühmten Weisheiten vor den Häusern zum „Frauentor“ kam, wer den Artushof sah und die Marienkirche, die aus der Blütezeit der alten Hansestadt stammt — der behält diesen Flecken der Erde ewig lieb und widmet ihm mehr als das sachliche Interesse, das die Politik ohnehin heute dafür verlangt. Daß die alte deutsche Stadt Danzig, die seit Jahren von polnischer Seite kleinlich bedrängt wird, auch viel an geistig kulturellen Werten dem Mutterlande schenkte, wurde neu nun im Rundfunk wieder bewiesen. Es wurden mehrere Volkslieder von Mendelssohn und Schumann, deren Text der „Danziger“ Eichen-dorff schrieb, Danziger Gedichte von Paul Enderling und Katharina Klinger, Prosa von Herbert Selten und schließlich mit großem Orchester Feig Dohns „Reise von Marienburg“ zu Gehör gebracht. Alfred Braun als Sprecher und Theodor Hef van der Byt als Sänger waren gute Mittler einer guten Sache.

## Neue Straßenbahnverbindung.

Vom Dienstag ab wird die Linie 89, Charlottenburg, Spandauer Straße—Schleißisches Tor, über Schleißische Straße, Falkensteinstraße, Oberbaumbrücke, Stralauer Tor, Warschauer Straße, Frankfurter Allee bis Lichtenberg, Oudrunstraße verlängert. Am gleichen Tage tritt auf den Linien 87 und 187 ein neuer Fahrplan in Kraft, der eine geringfügige Verschiebung der Abfahrtszeiten vorsieht.

Prügelhelben. Am Sonntagabend fanden in Bevern bei Bernau einige Sporigenossen vom Arbeiter-Fußballklub „Einigkeit 25“ vor ihrem Vereinslokal. Da der Verein nach dem Abzeichen befragt, tragen die Mitglieder an der linken Kostseite ein kleines rot-weißes Band. Da näherte sich ihnen ein Knupp vom „Koten Jungsturm“, die auf sie einbrangen. Ein Sporigenosse wurde am Halse gewürgt, während ein zweiter einen Stich mit dem Messer in die Hand erhielt.

Das Preussische Statistische Landesamt bittet von Redaktionen um Beschäftigung im Bureau oder als Hausarbeiter gelegentlich der Bearbeitung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung abzuheben, da bereits wesentlich mehr Personen für solche Arbeiten vorkontrolliert sind, als je beschäftigt werden können.





# Verbrauchssteuerdebatte im Reichstag.

## Die Salz- und Zuckersteuer. — Mittwoch Anfang der Zolldebatte.

Der Reichstag nahm gestern in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf zur Änderung des Weinsteuergesetzes an. In zweiter und dritter Lesung wird der Gesetzentwurf über Depo- und Depolittengeschäfte angenommen.

In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf über die Wechsel- und Scheckzinsen ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur

### Änderung der Verbrauchssteuern.

Reichsfinanzminister v. Schleben führt zur Begründung aus, daß bei verschiedenen Verbrauchssteuern undurchsichtige Bestimmungen geklärt und der Reichsabgabenordnung besser angepaßt werden müßten. Bei der Salzsteuer sei eine Umstellung insofern erforderlich, als das Gewerbefalz von der Steuer befreit werden müßte, der Ausfall aber auf das Speisefalz gelegt werden müßte. Die Industrie habe eine solche Umstellung verlangt. Das Speisefalz müsse deshalb den Satz von 3 M. für den Doppelzentner tragen. Bei der Zuckersteuer bleibe es bei den geltenden Steuerhöhen, die Steuer solle aber künftig von dem Eigengewicht des Zuckers, nach Abzug aller Umschließungen, erhoben werden. Eine Verminderung der Zuckersteuer sei nicht möglich.

Abg. Wendemuth (Soz.):

Was der Finanzminister heute gesagt hat zur Begründung genügt uns nicht, wir müssen dazu einige Fragen stellen, um zur Klärung der Lage zu kommen. Die Zuckersteuer wurde Ende 1922 auf 35 Proz. bemessen. Als die Zuckerpreise in die Höhe gingen, erhöhte sich dementsprechend auch die Zuckersteuer. Als aber im vorigen Jahre der Zuckerpreis fiel, blieb man bei der erhöhten Steuer stehen, sie macht jetzt nicht mehr 35, sondern 50, zeitweise sogar 60 Proz. aus. (Hört, hört! bei den Soz.) Durch diese ungeschickliche Berechnung ist ein erheblicher Mehretrag an Zuckersteuer eingegangen, er betrug von Januar 1924 bis April 1924 mindestens 75 bis 80 Millionen, nach Ablauf dieses Rechnungsjahres wird nicht viel weniger als 100 Millionen Mark mehr an dieser indirekten Steuer eingegangen sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Es genügt nicht, über diese Tatsache mit ein paar Worten hinwegzugehen. Den Grund für die Erhöhung der Zuckersteuer finden wir in einer Denkschrift der Zuckerindustriellen. Es wird dort verlangt, daß bei sinkenden Zuckerpreisen die Steuer nicht ermäßigt werde. Im Bericht des Reichswirtschaftsrates wird auch gesagt, daß der Reparationsagent Schwierigkeiten machen könnte, wenn die Zuckersteuer herabgesetzt würde. Diese Begründung ist nicht stichhaltig. In dem Dawes-Gutachten wird ausdrücklich gesagt, daß Deutschland zwar eine bestimmte Last tragen solle, aber die Mittel und Wege dazu müsse es allein wählen. Die Regierung denkt aber nicht daran, die bestehenden Klassen in härterem Maße heranzuziehen, immer wieder ist es der Verbrauch, der alle Lasten tragen soll. Wenn schon außenpolitische Momente herangezogen werden, so gibt es andere, viel schwerer wiegende Gründe, die für eine Ermäßigung der Zuckersteuer sprechen. Das Dawes-Gutachten erhöht die Reparationsabgaben mit dem Steigen des Ertrages der indirekten Steuern, umgekehrt werden die Abgaben ermäßigt, wenn weniger aus indirekten Abgaben einkommt. Was aber sehen wir jetzt? Die Zölle bringen nach dem Etat 370 Millionen, die Tabaksteuer 503 Millionen, die Biersteuer 195 Millionen, die Zuckersteuer 210 Millionen, die Branntweinsteuer 130 Millionen, zusammen also 1408 Millionen Mark. Dazu kommen die jetzt vorgeschlagenen wesentlichen Erhöhungen der Biersteuer mit 130 Millionen, der Tabaksteuer mit 210 Millionen Mark.

Mit dieser Erhöhung zusammen sollen also die Zölle und indirekten Abgaben 1748 Millionen Mark erbringen. (Hört, hört! bei den Soz.) Daraus folgt die Tatsache, daß wir zu einem Zuschlag von 250 Millionen Mark Reparationsverpflichtungen an die Entente gezwungen sind. Die Sozialdemokraten haben uns zwar alle Mühe gegeben, die Rechtsparteien zu außenpolitischer Barmherzigkeit zu erziehen. Jetzt aber treiben sie eine Erfüllungspolitik, die man vorher gar nicht für möglich gehalten hätte. Sie geht so weit, daß man schon von einer Erfüllungswut bei den Rechtsparteien sprechen kann.

Genau so liegen die Verhältnisse bei der Salzsteuer, über die der Minister mit ein paar Worten hinweggegangen ist. Das Gewerbefalz soll frei von Steuer bleiben, um so größere Steuer soll das Speisefalz tragen. Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen diese Absichten. Die Einnahme aus der Salzsteuer soll von 5 auf 17,5 Millionen, also auf mehr als das Dreifache erhöht werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Also wiederum eine Belastung der Verbraucher. Wir verlangen eine Ermäßigung der Zuckersteuer und die vollständige Befreiung der Salzsteuer. Wir wollen sehen, ob auch die regierenden Parteien ihr bisheriges Verhältnis ändern werden. Wir sind die schärfsten Gegner der indirekten Besteuerung, wir wollen versuchen, so weit es möglich ist, sie zu lindern. Nunmehr warten wir ab, wie weit das soziale Empfinden der bürgerlichen Mittelparteien geht. Im Ausschuss aber werden wir weiter darüber reden. (Beifall bei den Soz.)

Reichsfinanzminister v. Schleben erwidert, die Salzsteuer solle nur noch ein Viertel der Belastung der Friedenszeit betragen; im Frieden sei die Belastung mit der Salzsteuer auf 1 M. für den Kopf berechnet worden, in Zukunft solle nur 25 Pf. bezahlt werden.

Abg. Neubauer (Kom.) bekämpft die Verbrauchsteuern überhaupt und trägt, habe etwa der Reparationskommissar eine Erhöhung dieser Verbrauchssteuern verlangt?

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an den Steueraussschuß und die Verstärkung des Ausschusses von 26 auf 32 Mitglieder. (Abst. links.)

Abg. Dittmann (Soz.):

Gegen den Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an den Steueraussschuß habe ich natürlich nichts einzuwenden. Dagegen bestrebt es mich nicht wenig, daß jetzt der Antrag gestellt wird, den Steueraussschuß von 26 auf 32 Mitglieder zu verstärken. (Sehr

richtig bei den Soz.) Herr Brüninghaus scheint sich über die Konsequenzen dieses Antrages nicht klar zu sein. Wenn nämlich dieser Antrag angenommen werden sollte, so führt das automatisch dazu, daß auch die anderen bedeutenden Ausschüsse auf 32 Mitglieder verstärkt werden müssen (Sehr richtig! bei den Soz.), d. h., daß der ganze Verteilungsschlüssel für unsere Ausschüsse über den Haufen geworfen wird. Darüber muß sich Herr Brüninghaus klar sein. Wenn er diese Absicht nicht hat, dann muß man zu dem Verbote kommen, daß er besondere Absichten verfolgt, dann muß man der Meinung sein, daß er ausgerechnet hat, daß, wenn der Ausschuss auf 32 Mitglieder erhöht wird, diejenige Richtung, die er glaubt vertreten zu müssen, im Ausschuss soweit gestärkt wird, daß sie automatisch die Oberhand bekommt, und im Ausschuss Beschlüsse zustande kommen, die ihm angenehm sind, während solche Beschlüsse bei der jetzigen Zusammensetzung des Ausschusses nicht zu erzielen sind. Wenn das die Absicht ist — Herr Schulz-Bromberg nicht, bestätigt also, dann können Sie von uns nicht verlangen, daß wir auf Ihre Absicht eingehen. Wir werden uns jedenfalls energisch dagegen wehren, daß der Verteilungsschlüssel für die Ausschüsse geändert wird, nur damit die Herren von rechts — denn die Herren Deutschnationalen scheinen ja mit den Herren der Deutschen Volkspartei im Bunde zu sein — ihre Absichten durchsetzen können, die sie sonst nicht durchsetzen können. Wir können uns natürlich nicht dagegen wehren, wenn im Verteilungsausschuß über die Sache gesprochen wird. Aber wir haben keinen Anlaß, einen solchen Antrag an sich zu unterstützen. Mögen die Herren den Antrag im Verteilungsausschuß einbringen, der ja meines Wissens morgen zusammentritt. Aber es liegt kein Anlaß vor, auch nur den Anschein zu erwecken, daß man auf diese Wünsche der Herren Deutschnationalen und der Herren von der Deutschen Volkspartei, die auf Schiebungen hinausstreifen, eingehen solle. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) erwidert, daß über diesen Antrag vorher mit den Parteien verhandelt worden sei. Jetzt ständen sich im Ausschuss Mehrheit und Minderheit immer mit gleicher Stimmzahl von 14 Mitgliedern gegenüber, dieses Verhältnis entspreche nicht dem des Plenums.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) beantragt nunmehr, die Frage der Verstärkung des Steueraussschusses dem Ältestenrat zur Entscheidung zu überweisen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Infolgedessen wird über den letztgenannten Antrag Brüninghaus namentlich abgestimmt. Die Abstimmung ergibt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der Antrag Brüninghaus auf Entscheidung durch den Ältestenrat wird mit 173 gegen 116 Stimmen angenommen.

Darauf geht das Haus die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern in der Aussprache über das Gesundheitswesen fort.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Bumm macht Mitteilungen über die Arbeiten des Amtes zur Erforschung verschiedener Krankheiten, namentlich der Berufskrankheiten. Es seien Untersuchungen im Gange über die Einwirkungen des Staubes auf die Tuberkulose, über die Bergwerkstrankheiten, über die Gefahren der Röntgenbehandlung für die Krankenschwestern usw. Die Gehaltsverhältnisse in den Laboratorien sollen geprüft und eventuell verbessert werden. Die Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts würden so umgestaltet werden, daß sie weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden könnten. Zur Bekämpfung der Tuberkulose seien besonders umfangreiche Arbeiten vom Reich und von den Ländern gemacht worden. Das Reichstuberkulosegesetz sei fertiggestellt und werde den Reichstag wohl in der nächsten Session beschäftigen.

Abg. Dr. Moses (Soz.) widerspricht der Behauptung des Abg. Heedenkamp, daß die Revolution an der Vermehrung der Geschlechtskrankheiten schuld sei. Seine Partei bekämpfe das Pharisäertum. Redner verteidigt ferner die Organisation der Krankenkassen zum Bezug der Heilmittel, sie liege im Interesse der Versicherten.

Damit schließt die Aussprache über das Gesundheitswesen. Die Etatspositionen werden bewilligt. Das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Anträge der Kommunisten wegen Bekämpfung der Tuberkulose und wegen planmäßiger Geburtshilfe werden an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Die zurückgestellte Abstimmung über die Etatspositionen von 3 687 000 M. für die Technische Nothilfe ergibt die Bewilligung nach dem Ausschussantrag mit 3 Millionen Mark, nachdem Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Streichung der ganzen Summe sowie ein Antrag der Deutschnationalen auf Bewilligung der vollen Summe abgelehnt sind.

Damit ist der Haushalt des Innern erledigt.

### Beginn der Zolldebatte: Mittwoch.

Für Dienstag nachmittag 2 1/2 Uhr schlägt Präsident Löbe die erste Lesung der Zolltarifvorlage vor.

Abg. Dr. Dreißheid (Soz.) äußert dagegen formale und sachliche Bedenken, man müsse den Fraktionen Zeit lassen, sich auf eine so umfangreiche Vorlage genügend vorzubereiten.

Abg. Dr. Rönneburg (Dem.): Wir sind nicht für Verschiebung, aber gegen eine Generaldiskussion schon für morgen sprechen ja durchschlagende technische Gründe.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Materieell kann die Verhandlung wirklich auch morgen schon beginnen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wann werden wir die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats erhalten?

Präsident Löbe: Sie sind im Druck und werden morgen wohl verteilt werden. Ich schlage nunmehr vor, die Zollvorlage erst am Mittwoch in die erste Beratung zu nehmen. (Zustimmung.)

Nächste Sitzung Dienstag 2,30 Uhr, Kleine Vorlagen u. a. Änderung der Nachschußordnung, Recht zum Tragen der alten Militäruniform.

### Verbandstag der Eisenbahner.

Köln, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Am zweiten Verhandlungstage werden zunächst die einzelnen Kommissionen gewählt. Dann nimmt der Vorsitzende des Verbandes, Genosse Scheffel, das Wort zum Bericht der Hauptverwaltung. Einleitend erinnert Scheffel an die vergangene Krise, die Inflation und den Rhein- und Ruhrkampf. Er weist darauf hin, daß die Organisation die vom Abwehrkampf an der Ruhr betroffenen Eisenbahner nicht nur ideell, sondern auch materiel unterstützt habe. Trotzdem sind gegen den Verband Klagen und Beschuldigungen erhoben worden. Aber diejenigen, die anklagten, haben damals die Regierung Cuno in den Sackel gehoben. Die Organisation, besonders die im besetzten Gebiet, hat durch den Ruhrkampf schwer gelitten. Den ausländischen Arbeiterorganisationen, die damals den deutschen Eisenbahnern finanzielle und moralische Unterstützung angedeihen ließen, spricht Scheffel den Dank der deutschen Eisenbahner aus und verspricht ihnen vollste Solidarität für alle Kämpfe, die sie vielleicht in Zukunft führen müßten.

Am Verlauf seiner weiteren Ausführungen gibt Scheffel einen Rückblick über die Lohnbewegungen der deutschen Arbeiterschaft in den Jahren 1922 und 1924. Die Gehaltspolitik, die die damalige Regierung den Eisenbahnern gegenüber führte, entsprach durchaus nicht den Anforderungen des Wirtschaftslebens an den Arbeiter und Beamten. Scheffel nimmt dann die Gewerkschaften gegen verschiedene Anklagen, als ob sie in der damaligen Zeit ihren Mann nicht gestanden hätten, in Schutz. Zu der Frage der Lohnfestsatzung und des Reichsindex bemerkt der Redner, daß die Organisationen alles getan haben, um etwas Ersprießliches für die Kollegen herauszuholen, aber bei dem damaligen Währungssturz wurde ein scheinbarer Erfolg trotz wieder überholt. Die Kollegen im Lande ergriff die Verzweiflung, und mancher habe damals dem Verband in diesem Groll den Rücken gewandt. 1924 kamen endlich die Goldlöhne. Die allgemeine Erwartung ging auf Friedenslöhne. Diese waren aber nicht zu erreichen, selbst wenn die Gewerkschaften härter gewesen wären. Wenn die Kollegen die wirtschaftlichen Zusammenhänge besser erkannt hätten, würden sie solche, damals utopische Forderungen niemals gestellt haben. Das Grundprinzip der freien Gewerkschaften sei die

### Einklohnung nach den Leistungen im Betrieb.

Deswegen müsse der Abbau des Soziallohnes verlangt werden. Dabei seien auch die Dienstalterszulagen einzubeziehen, die durchaus keine Erhöhung des Einkommens bedeuten, sondern lediglich geeignet seien, das allgemeine Lohnniveau herabzudrücken und der Reichsbahnverwaltung eine gute Handhabe für den Abbau zu geben.

Der Rückgang in der Mitgliederzahl der Organisation, jagte Scheffel, ist hauptsächlich auf den starken Abbau des Personals zurückzuführen. Im Jahre 1913 waren bei der Reichsbahn 741 000 Bedienstete beschäftigt, 1919 waren es 1,1 Million, im Jahre 1923 dagegen 926 000 und im Frühjahr 1925 endlich nur noch 743 000. Man habe den DGB zwingen wollen, die Kollegen vor dem Abbau zu schützen. Dieses Verlangen sei aber unsinnig gewesen; denn keine gewerkschaftliche Organisation könne den Unternehmer zwingen, sein Personal im Dienste zu behalten, wenn er seinen Geschäftsbetrieb einschränken wolle. Zu kritisieren sei allerdings, daß die Reichsbahn die oberen Beamten, die Verwaltungsjuristen und zum Teil verabschiedete Offiziere seien, nicht abbau, während sie nach unten brutal vorgehe. Es sei selbstverständlich, daß ein solches Verhalten bei den Arbeitern helle Empörung hervorgerufen habe.

Dann weist Scheffel darauf hin, man habe dem DGB den Vorwurf gemacht, daß er sich nicht für die Erhaltung des Achtstundentages einsetzt habe. Hierbei müsse aber berücksichtigt werden, daß damals alle Arbeitnehmerorganisationen fraglos dastanden. Wäre damals eine große und einflussreiche Organisation der Eisenbahner vorhanden gewesen, dann hätte sie sich den Achtstundentag nicht entwinden lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß der Achtstundentag auch ohne Besch durchzuführen sei, beweise ja England, wo der Achtstundentag praktisch besteht, aber gleichzeitig noch nicht festgelegt sei. Der letzte Streik der Eisenbahner sei ein Erfolg der Organisation gewesen. Als jedoch der Schiedsspruch gefällt war, hätte der Streik nicht mehr weitergeführt werden können. Die Organisation habe in dem Streik ihre Pflicht in vollstem Maße getan und unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr herauszuholen können.

Scharf kritisiert Scheffel unter lebhaftem Beifall das Verhalten des kommunistischen Freien Eisenbahnerverbandes, der sich nicht scheut, habe, mit den schmutzigsten Mitteln die Organisation zu verleumdern. Das Verhalten dieses Verbandes habe sich jedoch bitter gerächt. Heute sei er

### nur noch ein kleines Häuflein.

Zur Tarifpolitik der Reichsbahn sagt Scheffel, daß augenblicklich Gütertarife existierten, die teilweise unter denen der Friedenszeit ständen und zum Teil nur Friedenshöhe hätten. Man habe die Auffassung, daß die Herren im Verwaltungsrat der Reichsbahn systematisch darauf hinarbeiteten, die Eisenbahn zu ruinieren, um sie nachher um so leichter in ihre Hände bringen zu können. (Lebhafte Zustimmung.) Scheffel kritisiert weiter noch die Gewerkschaftszersplitterung, die sich auch bei den Eisenbahnern zum Nachteil der Kollegenschaft bemerkbar gemacht habe. Er preist demgegenüber die Vereinigung, die in Köln in den nächsten Tagen zwischen dem DGB und der Reichsgewerkschaft vollzogen werde, als einen organisatorischen Fortschritt, der der freien Eisenbahnerbewegung zugute kommen werde.

Für die französischen Eisenbahner überbringt dann, von lebhaftem Beifall begrüßt, Genosse Bidegaray die Grüße seiner Organisation und wünscht den Verhandlungen der deutschen Bruderorganisation den besten Erfolg. Unter lebhaftem Beifall des Verbandstages weist Bidegaray darauf hin, daß die Schwierigkeiten für die Arbeiterschaft nicht immer nur beim Kapitalismus liegen, sondern daß sie auch oft genug aus der Arbeiterschaft selbst kommen. In Frankreich habe man heute die Gewerkschaftszersplitterung im großen und ganzen überwunden. Hoffentlich komme auch bald die deutsche Arbeiterschaft diesem Ziele näher.

Dann folgen die Berichte des Hauptkassierers Draeger-Berlin, der Bericht der Revisions- und Beschwerdef Kommission, der von Ebert-Kassell erstattet wird, und der Bericht der Redaktion des Verbandsorgans, den Redakteur Dittmann-Berlin gibt. Am Dienstag früh wird der Verbandstag in die Debatte über die Berichte eintreten.

die unvergleichliche 3,8 Zigarette  
jetzt auch **dick, rund**  
ohne Mundstück  
**muß jeder kennen**

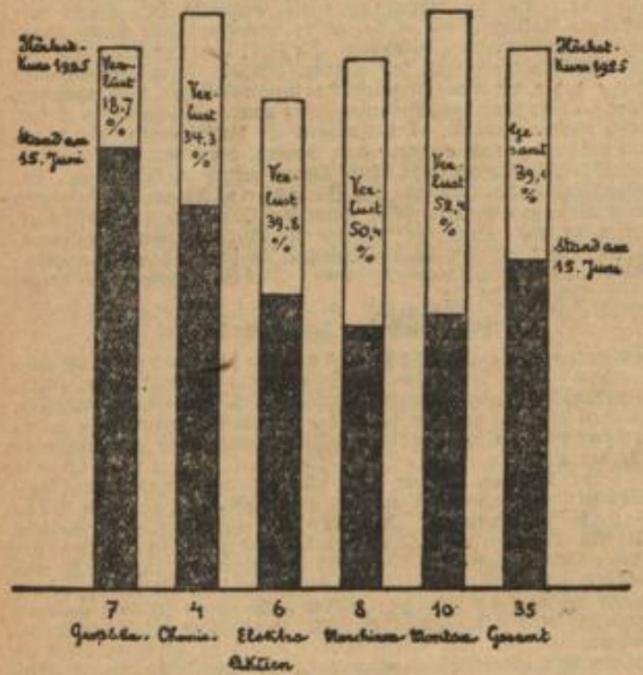
# Unternehmerpolitik im Börsenspiegel.

Soll es so weiter gehen?

Der alarmierende schwarze Mittwoch der vorigen Woche und der weitere starke Einbruch der Börsenkurse seitdem hat an der Börse zur Erörterung der Frage geführt, ob die herrschende Krise die Industrie zu einer zweiten Kapitalzusammenlegung zwingen könne. Wir haben für fünf Gruppen schwerer Werte der Berliner Börse eine Zusammenstellung der höchsten Kurse des Jahres 1925 mit den Kursen vom 15. Juni gemacht und die Verlustprozente für die einzelnen Gruppen berechnet. Die seit dem 15. Juni eingetretenen Kursverschiebungen vermögen das Bild nicht wesentlich zu verändern.

	Höchster Kurs 1925	Kurs vom 15. 6. 25	Kursverlust
7 Großbankaktien	184 Proz.	109 Proz.	18,7 Proz.
4 Chemikalien	142 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	94	34,3
6 Elektrizitätsaktien	121 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	78	35,8
8 Maschinenfabriken	131 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	65 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	50,4
10 Montanaktien	148 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	68 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	52,4
Gesamtdurchschnitt	134 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	82	39,1

Im Schaubild nimmt sich der Kursrückgang folgendermaßen aus:



Was eine zweite Kapitalzusammenlegung bedeuten würde, ist klar. Es wäre gewissermaßen eine Neuauflage der Goldbilanzierung, nachdem die verfehlte Sanierungspolitik der Industrie das Ziel der ersten Goldbilanzierung und Kapitalzusammenlegungen, den Börsenkurs der Aktien in die Höhe der hundertprozentigen Parität zu bringen und dort zu halten, verfehlt hat. Es ist aber auch sofort klar, daß es sich bei einer erneuten Kapitalzusammenlegung niemals um eine Wiederholung der Goldbilanzierung im eigentlichen Sinne handeln kann, sondern bestenfalls um Einzelanierungen bei allen jenen Aktiengesellschaften, für die sich die Bemessung des eigenen Kapitals in der Goldbilanz als zu hoch erwiesen hat. Es ist auch damit zu rechnen, wenn die Industrie aus dem schwarzen Mittwoch die Lehre des unausweichlich gewordenen Abbaus der betrieblichen Ueber- und Fehlorganisation zieht und wenn sie mit der parlamentarischen Unterfütterung der Industrie- und Getreidezölle sich nicht endgültig jede Möglichkeit dazu verbaut, daß der heutige Stand der Börsenkurse allmählich sich wieder bessern wird. Die Börsenmeinung dürfte daher diesmal etwas zu schwarz sein.

Was unsere Zusammenstellung über die Wirkungen der industriellen Fehlorganisation aber lehrt, ist doch katastrophal. Im Durchschnitt der 35 Aktien, die fast nur Unternehmungen zwischen 25 und 180 Millionen Mark Aktienkapital repräsentieren, sind in der Zeit von kaum einem halben Jahre fast 40 Prozent des Börsenwerts zerstört worden. Die 35 Aktientypen entsprechen nach ihrem Höchstkurs einem Wert für die 35 Unternehmungen von rund 2,3 Milliarden Mark. Dieser ist durch die Kursverluste heute um über 900 Millionen auf kaum 1,4 Milliarden gesenkt. Am schärfsten sind die Verluste bei den Montanaktien. Sie betragen 52,4 Prozent. Ueber die Maschinen-, Elektrizitäts- und Chemie-Aktien bessert sich die Kurve bis zu den Aktien der Großbanken, die einen Verlust von 18,7 Prozent zu verzeichnen haben. Eine Kurve, die die Konjunktur-lage der großen Industriezweige deutlich widerspiegelt und mit ungeheurer Eindringlichkeit den volkswirtschaftlichen Wahnsinn der Inflationsbereicherung der Industrie und der Kaufkraftzerstörung der Arbeiter- und Rentnermassen unterstreicht.

Aber noch einen anderen Wahnsinn enthüllt die Zusammenstellung. In der Unternehmerpresse und auf allen Unternehmertagungen ist es zum System geworden, den Dawesplan und seine „untragbaren Lasten“ für die herrschende Industriekrise verantwortlich zu machen. Weitläufig der größte Teil der bisherigen Leistungen wurde aus der Dawesleihe und von der Reichseisenbahn gezahlt. Die direkten Beiträge der Industrie dazu sind minimal. Die Behauptung, die nur das eigene Veragen bemitteln soll, ist deshalb in höchstem Maße lächerlich. Die riesigen

Kursverluste sind vielmehr das denkbar stärkste Argument gegen die absolut verfehlte bisherige Betriebs- und Wirtschaftspolitik der Unternehmer, die heute, vollständig am Ende ihrer Weisheit, die Situation durch Schutzzölle und Drosselung der Löhne glauben retten zu können, was nach allen bisherigen Erfahrungen die Ursachen verstärken muß, die die gewaltigen Kursverluste hervorgerufen und den Wert der Industrieunternehmungen so katastrophal gesenkt haben.

## Ein Gebot der Stunde: Internationale Aktion gegen den Schutz Zoll!

In der Gutachtenammlung „Neue Wege der Handelspolitik“, herausgegeben vom Verein für Sozialpolitik, hat Rudolf Schneider den klaren Nachweis erbracht, daß jene internationalen Kapitalübertragungen, die infolge der Reparationspolitik und zur Regelung der interalliierten Schulden notwendig werden, unbedingt einen freien Warenverkehr über die Grenzen der einzelnen Staaten zur Voraussetzung haben. Er hat in Uebereinstimmung mit anderen Sachverständigen berechnet, daß Deutschland für 20 bis 25 Milliarden im Jahre ausführen muß; die notwendige deutsche Einfuhr würde sich nach seinen Angaben auf etwa 17 bis 23 Milliarden Mark berechnen. Hält man dem entgegen, daß die deutsche Einfuhr vor dem Krieg den Wert von 10 Milliarden, die Ausfuhr den Wert von 9 Milliarden ausmachte, und daß die damals eingeführten Warenmengen infolge der Geldwertänderung immer erst 15 Milliarden, die ausgeführten Warenmengen etwa 13 bis 14 Milliarden kosten würden, so ergibt sich, daß Deutschland in viel höherem Maße in die Weltwirtschaft verflochten werden muß, als es vor dem Krieg war, wenn die Reparationspolitik zu einem Erfolg führen soll.

Die Durchführung des Dawes-Plans setzt nicht etwa nur zwischen Deutschland und seinen Reparationsgläubigern Freihandel voraus. Wohl ist es eine der auffallendsten Wirtschaftstendenzen der Gegenwart, daß Frankreich von Deutschland Geld will, dem Zugang deutscher Waren aber sich nach Möglichkeit verschließt; es verkennt so die Tatsache, daß die Geldzahlung nur einen Sinn hat, wenn ihr eine Warenlieferung folgt, weil nicht durch Geldzuwachs, sondern nur durch Güterzuwachs ein Volk reicher wird, und daß also alle Reparationsleistungen ihrem Wesen nach Sachlieferung ist. Aber diese Sachlieferung braucht nicht direkt zu erfolgen; Deutschland wird in vielen Fällen an Amerika liefern müssen, und statt an Deutschland einen Gegenwert in Waren zu liefern, wird Amerika diesen Gegenwert nach Frankreich leiten und damit wird ein Teil deutscher Reparationsschuld getilgt sein. Wie ein solcher Vorgang sich wirtschaftlich durchzieht, braucht hier nicht erörtert zu werden; es genügt, daß auch solche indirekten Reparationslieferungen in großem Umfang möglich sein müssen, wenn der Reparationsmechanismus funktionieren soll. Dabei wäre es naiv zu glauben, daß eine Störung des Reparationsmechanismus uns Deutschen erwünscht sein könnte; sie wird uns im ganzen durch gewisse Nebenwirkungen viel mehr kosten, als wir bei reibungslosem Ablauf zu zahlen hätten.

Schon aus der Notwendigkeit indirekter Reparationslieferungen folgt die gebieterische Forderung, daß der Warenverkehr über alle Grenzen von unübersteiglichen Hindernissen freigehalten werden muß. Dazu kommt, daß neben dem Reparationsproblem als zweites großes Kapitalübertragungsproblem die interalliierte Schuldenfrage steht. Der Verlust, den Geldausgleich bei gleichzeitiger Verhinderung des Warenausgleichs zu vollziehen oder, anders ausgedrückt, Reparations- und Schuldentilgungen bei hochschutzzollpolitischer wichtiger Länder durchzuführen, muß zu wirtschaftlicher Verwirrung, zu Geld- und Warenflautungen, zu Krisenerscheinungen, Arbeitslosigkeit und Elend führen.

Das Dawes-Komitee hat gute Arbeit geleistet, hat auf dem engen Gebiet der Reparationsfrage der wirtschaftlichen Vernunft zum Sieg verholfen, aber es hat seine Arbeit doch nur halb getan. Der Dawes-Plan ist unvollendet, solange ihm nicht ein System freihändlerischer Handelsverträge zur Seite steht. Wenn es möglich war, daß die Stimme der wirtschaftlichen Vernunft sich durchsetzte gegen politischen Haß, blinde Nachsicht und militärischen Ehrgeiz, so müßte sie sich auch durchsetzen können gegen den engherzigen Egoismus der Interessenten und den wirtschaftlichen Größenwahn derer, die eine produktive Zusammenarbeit mit anderen Völkern nicht nötig zu haben glauben. Warum wird in dieser Sache der Wirtschaftsernunft nicht ein Sprachrohr geschaffen, wie sie es in Angelegenheit der Reparationen schließlich in Gestalt des Dawes-Komitees erhielt? Vielleicht deshalb nicht, weil keine einzige Regierung eines Großstaates sich vom Schutzzollwahn sinnlich feigehalten hat, während in der Reparationsfrage doch wenigstens die eine oder andere einen kühlen Kopf behielt? Und wenn dem so ist, warum verlangen nicht wenigstens die Markschwebenden nach einem solchen Organ? Wird der Ruf kräftig erhoben, dann wird es schwer sein, sich ihm gegenüber taub zu stellen!

Kaum eine wirtschaftliche Frage verlangt so sehr, wie das handelspolitische Problem, nach internationaler Behandlung. Wie die Kriegsgegner in den verschiedenen Ländern sich gegenseitig in die Hände arbeiten, so auch die Wirtschaftskriegsgegner, die Schutzzöllner. Ueberall ist es die handelspolitische Angriffslust des Gegners, die angeblich das eigene Land zur Erwidern mit gleichen Mitteln zwingt. Darum ist eine Verbindung zwischen den Schutzzollgegnern aller Länder nötig, eine gemeinsame, gleichzeitige, in sich geschlossene internationale Aktion, die den Kampf der Freihandelsgruppen jedes einzelnen Landes gegen die Schutzzöllner jedes einzelnen Landes wirksam ergänzt und fördert. Der sozialistischen Internationale und den verantwortungsbewußten wirtschaftswissenschaftlichen Forschern aller Länder würde hier eine gemeinsame, große Aufgabe zufallen.

## Fertigindustrie und Zollvorlage.

In seinem Geschäftsbericht ist der Vorstand des Bingkongerns „bei der Bedeutung der ausländischen Märkte um die Erlangung eines günstigen Abchlusses der schwebenden Zollverhandlungen besonders besorgt und erwartet mit der gesamten exportierenden Industrie eine zielbewusste Vertretung ihrer berechtigten Interessen“. In der Generalversammlung vom Dezember hat der Aufsichtsratsvorsitzende auf die große Bedeutung der Staatsgewalt für den Ausgleich der widerstreitenden Zollinteressen hingewiesen. Die Bingwerte scheinen also die Abhängigkeit des Schicksals der Fertig- und Exportindustrie von einer für sie günstigen Regelung der Zollfrage sehr genau zu kennen. Wenn das aber der Fall ist, so ist mit dem anglistischen Bestimmen in den Geschäftsberichten und Generalversammlungen nichts getan. Schon längst hätte sie in die Öffentlichkeit hinausstreten und gegen Schwerindustrie und Regierung ihre Exportinteressen verteidigen müssen. Wenn nämlich die Zollvorlage angenommen werden sollte, so hat der Bingkongern und mit ihm die exportierende Fertigwarenindustrie für die Erhaltung und Ausdehnung des Auslandsabzuges nichts mehr zu hoffen. Aber auch der Inlandsabzug wird nach Annahme der Zollvorlage zurückgehen müssen, denn der Bingkongern lebt vom Haushaltsbedarf der arbeitenden Massen und was der bisher an Geld übrig hatte, um die Bingischen Produkte zu kaufen, wird von der Verteuerung der Nahrung und Kleidung aufgefressen werden. Die Aktionäre des Bingkongerns mögen daher die Dividendenlosigkeit für das Jahr 1924 als Omen auffassen für das, was sie nach Annahme der Zollvorlage zu gewärtigen haben. Dabei mögen sie sich weder trösten, daß der Bingkongern sich durch die Loslösung vom Berliner Metallkongern entlastet hat, noch davon etwas erhoffen, daß ihnen die Leipziger Frühjahrmesse reichlich Aufträge gebracht hat. Auch daß der Bingkongern sein Kapital gegenüber der Vorkriegszeit nicht mehr als verdoppelt hat, obwohl seine riesenhafte Ausdehnung seit 1914 noch eine bedeutende Höherbemessung erlaubt hätte, wird ihm kein Ersatz für die Gefahren der Zollvorlage sein. Und mit seiner ultimativsten Ablagerungsorganisation wird ihm, da mit der deutschen Zollvorlage die Zollmauern des Auslands noch höher wachsen müssen, eher ein Mühlstein an den Hals gehängt sein, als ein geschäftlicher Vorteil erwachsen. Auch die Höhe der Zinsen und die Kapitaldürre des Inlandes, über die der Geschäftsbericht so beweglich klagt, wird sich nicht zum Besseren wenden können, weil die Verteuerung der Lebenshaltung im Inland die Kapitalarmut nur verstärken kann und so das Finanzmonopol der Privatbanken verewigen muß. Bei seinem Fertigindustrie- und Exportkongern sind die unabsehbaren Gefahren der Zollvorlage so greifbar wie bei den Bingwerten, und es ist zum Erschrecken, wie wenig sich die Fertig- und Exportindustrie gegen ihre Gefährdung wehrt, bloß weil die Schwerindustrie die Parole für die Zollvorlage ausgegeben hat.

Hüttenwerke C. W. Kayser und Co., Berlin. Obwohl das Westfälische Werk in Lünen an der Lippe im Jahre 1924 zum Gewinn noch nichts beitragen konnte, da es erst im letzten Viertel des Jahres wieder in Betrieb genommen wurde, schließen die Hüttenwerke C. W. Kayser und Co. mit einem beachtenswerten Geschäftserfolg ab. Sie erzielten einen Rohgewinn von 1,01 Mill. M., von dem noch 419 000 M. Geschäftslosten und Steuern, 240 000 M. Zinsen und 174 000 M. Abschreibungen ein Reingewinn von 179 000 M. bleibt. Aus diesem Reingewinn werden auf das Kapital von 2,1 Mill. M. 6 Proz. Dividende verteilt. 53 000 M. können auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Gesellschaft kann mit dem Ergebnis um so mehr zufrieden sein, als aus den laufenden Einnahmen ziemlich erhebliche Maschinen- und Anlagenbeschaffung konnten. Die Aufzucht der Interessengemeinschaft mit der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke A.-G. und die Ueberlassung der Beteiligung durch Hirsch-Kupfer Berlin an Hirsch-Halberstadt dürfte ihre Gründe also weniger in dem Stand der Kayser-Hüttenwerke als bei den Hirsch-Kupferwerken selbst haben.

Sachsenwerk Licht und Kraft A.-G., Dresden. Das über 5000 Mann beschäftigte Sachsenwerk schließt das Jahr 1924 ohne Dividende ab. Es wurde zwar ein Rohüberschuß von 4,6 Millionen Mark erzielt; nach der Gewinn- und Verlustrechnung wurde er aber durch Geschäftslosten (2,7), Steuern (1,1) und Abschreibungen (0,65 Millionen) bis auf 64 000 Mark aufgezehrt, die auf das Jahr 1925 übertragen wurden. Die 650 000 Mark Abschreibungen, die auf das dividendenberechtigte Kapital von 6,1 Millionen immerhin die beträchtliche Dividende von 10 Proz. erlaubt hätte, hätte man sich allerdings sparen können, nachdem in den Aktien so außerordentlich große stille Reserven steckten, wie der Geschäftsbericht selbst hervorhebt. Trotz des relativ ungünstigen Geschäftsganges, von dem die Rede ist, bedeutet die Dividendenlosigkeit beim Sachsenwerk also nichts für den Stand und die Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Das gilt auch für die Leistungsfähigkeit des Sachsenwerks für Lohnzahlungen, von deren Höhe im Jahre 1924 der Geschäftsbericht merkwürdigerweise behauptet, daß sie über dem Friedensstand liege.

Die New Yorker Börse hat kein Vertrauen. An der New Yorker Fondsbörse erfolgten umfangreiche Abgaben in europäischen Devisen, die auf die anlässlich der Brüsseler Konferenz zutage tretende Enttäuschung über die Auswirkung des Dawes-Planes und die Schwierigkeiten, mit denen die europäischen Nationen bei der Fundierung ihrer Kriegsschulden zu kämpfen haben, zurückgeführt werden. Der französische Frank notierte zeitweilig 4,63, (26. VI. 4,71<sup>1</sup>/<sub>2</sub>).

## DUNLOP

### CORD

Der Reifen für Fahrrad, Motorrad und Automobil

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

**Herren-Anzüge, Paletots**  
nach Maß in vollendeter Paßform N. 85  
**L. Sonnenschein,** Potsdamer Straße 33  
(Ecke Lützowstraße)

## Ererschöpfte Nerven, ihre Kräftigung und Wiederauffrischung.

Für alle Vorgänge und alles harmonische Zusammenarbeiten der Organe im menschlichen Körper sind die Nerven von der allergrößten Bedeutung. Arbeit wie Genuss, die doch beide das Menschenleben regieren und gestalten, verlangen Kraft und Leistung der Nerven. Frische des Geistes und des Körpers, Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit, ein frohes Gemüt, selbst ein guter Appetit — das alles sind Folge und Ursache wahrhaft gesunder Nerven. Ihre Gesundheit aber hängt eng zusammen mit der Ernährung des Körpers. Nervengesundheit ist letzten Endes die Lösung eines Ernährungsgeheimnisses.

Duälende Sorgen, körperliche und geistige Ueberanstrengung, Schlaflosigkeit und manch anderer Kummer des irdischen Lebens reizen und erschöpfen die Nerven vor der Zeit. Nervöse Beschwerden aller Art stellen sich ein. Müdigkeit, Arbeitsunlust, Aufgeregtheit und Reizbarkeit, Appetitlosigkeit, Verdauungsstörungen und dergleichen Uebel mehr folgen und wechseln sich ab. Bald macht sich ihr

zerstörender Einfluß auf das Neuere geltend. Das Gesicht erhält eine nervöse Bräunung, leidende Züge, den Ausdruck des Gequälten, die unvermeidlichen vorzeitigen Alterserscheinungen. Will man nun etwas Energisches tun, dann sollte man mit einer Nervennähr- und -auffrischungsmethode ganze Arbeit

machen, und das geschieht durch richtige Verwendung von

**Biomalz mit Lecithin.**  
einer Nervennahrung von denkbar größter Vollkommenheit. Biomalz mit Lecithin ist durch deutsches Reichspatent geschützt, und seine Erfindung ermöglicht die völlige Aufnahme des Lecithinstoffes in die Säfte, die die Nerven ernähren, zu gleicher Zeit mit dem Einfließen der kräftigenden Wirkung des Biomalzes auf den gesamten Körper. Biomalz mit Lecithin ist in langen Stoffwechselversuchen in der chemischen Abteilung des Rudolf-Birchow-Krankenhauses sorgfältig untersucht und hat sich mehrere Jahre hindurch in der ärztlichen Praxis bewährt. Es hat seine Feuerprobe in jeder Prüfung über-

standen und ist wissenschaftlich unantastbar. Es ist reiflos verdaulich. Das steigende Kraftgefühl, das frischere Aussehen, die

Anzeichen der Verjüngung legen Zeugnis davon ab, wie tiefgreifend der Nervennährstoff auf das Wohlbefinden des ganzen Körpers zu wirken vermag.  
Preis einer Dose Biomalz 1,90 M., mit Lecithin 5.— M., mit Eisen (für Bluterme und Blutsäfte) 2,50 M., mit Kalk extra (für Lungenleiden) 2,50 M., Biomalz-Bonbons, bestes Linderungsmitel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschm., Preis 30 Pf., Biomalz-Schokolade 100 Gramm-Tafel 60 Pf. Druckkosten kostenfrei von Gebr. Patermann, Lützow-Berlin 10.

## Politische Kaffeehäuser.

Bilder aus der großen französischen Revolution.

Am 8. August 1788 hatte endlich nach langem Widerstreben Ludwig XVI. sich bereit finden lassen, die „Reichsstände“ einzuberufen. Die Not war aufs höchste gestiegen — beim Volk und beim Hof. Die Verschwendungssucht des Königs und seiner Hofschranzen hatten ein Finanzloch erzeugt, das nicht mehr zu meistern war. Aus dem Volke war nichts mehr herauszupressen. Der Staatsbankrott stand vor der Tür. Da sollten die Reichsstände, die seit 1615 nicht mehr zusammenberufen worden waren, Hilfe bringen. Solche Zeiten rütteln die Massen auf und politisieren sie. Der dritte Stand — das Bürgertum —, beeinflusst von Rousseau, Voltaire und Diderot, bisher ausgeschlossen von jeder Teilnahme am Staatsleben, strebte nach Gleichberechtigung mit dem Adel und den Geistlichen, die allein die Herrschaft ausübten. Das revolutionärste, rührigste Element bildete jene Schicht der nach Paris zugewanderten, halb und ganz proletarisierten Intellektuellen, der beschäftigungslosen Literaten, Advokaten, Künstler, Studenten, die sich, da sie in der Enge der Provinzstädte keine Beschäftigung fanden, nach der Hauptstadt gewandt hatten, um dort ihr Glück zu suchen.

Paris, das mit seinen Vorstädten 1789 bereits etwa 600 000 Einwohner zählte, geriet — so schreibt Heinrich Cunow in seinem sechsten herausgegebenen Buch „Politische Kaffeehäuser“ — immer mehr in einen bisher unbekanntem politischen Trübel. Auf den Promenaden und freien Plätzen, den Zentren des Verkehrs, fanden sich Menschengruppen zusammen, um neues zu erfahren, zu schwätzen und zu diskutieren. Die Stätte, die am meisten aufgesucht wurde, war der Garten des Palais Royal. Hier fanden vom Morgen bis in die Nacht hinein Zusammenkünfte und Volksversammlungen statt. Diese Menschenmengen umstanden Tische und Stühle, von denen herab jugendliche Redner, meist Angehörige des Intelligenzproletariats, feurige Ansprachen hielten, Zeitungen und Pamphlete vorlasen.

Am Garten des Palais Royal lagen mehrere Kaffeehäuser. Hatten sich die Gartenbesucher müde gestanden und geredet, gingen sie in die Kaffees und setzten dort ihre Diskussion fort. Nach der am 5. Mai 1789 vollzogenen Wiedereröffnung der „Reichsstände“ wurden die Kaffeehäuser am Palais Royal noch stärker besucht. Jeder wollte wissen, was in Versailles, wo die „Reichsstände“ tagten, geschah. Zeitungen gab es zu jener Zeit nur wenige; auch konnten selbst manche Bessersituierten nicht genügend lesen. Unter den Kaffeehäusern des Palais Royal fand das Café de Foy am meisten Zuspruch. Es wurde zum Stammsitz der revolutionären Intellektuellen. Auch der Klub der „Enragés“ (der Wütenden, Tollern) übersiedelte bald in das genannte Kaffeehaus.

Für gewöhnliche Kaffeehausbesucher war es dort nicht immer gemütlich. An den Tischen wurde eifrig diskutiert, und nicht selten endeten die Meinungsverschiedenheiten mit gegenseitiger Beschimpfung oder gar mit Tötlichkeiten.

Besonders lebhaft ging es im Garten des Palais Royal und in den an ihm gelegenen Kaffees her, als Ende August 1789 in der Nationalversammlung bei der Beratung der Verfassungsgrundrechte die Frage zur Erörterung gelangte, ob der König gegen die Beschlüsse des Parlaments ein absolutes Veto oder nur ein Suspensivveto haben sollte. Von morgens bis spät abends wurde im Café de Foy geredet und protestiert. Eine scharfe Resolution gegen den Hof und die Royalisten jagte die andere. Man beschloß, eine Deputation an die Nationalversammlung zu entsenden. Aber die Pariser Gemeindevorstellung, die in den Kaffees ihre Spione hatte, erfuhr von diesem Vorhaben. Sie ließ die Ausgänge durch Nationalgardisten besetzen, die die Deputation nicht durchließen. Eine Deputation an die Gemeindevorstellung hatte keinen Erfolg. Dieses Verhalten der Stadtverwaltung rief unter den Besuchern des Palais Royal eine noch größere Aufregung hervor. Am nächsten Abend war das Café de Foy gepöppelt voll. Einige Redner schlugen vor, den Durchzug nach Versailles mit Waffengewalt zu erzwingen, anderen schien dies zu gefährlich. Schließlich wurden nochmals zwei neue Deputationen an die Stadtverwaltung geschickt, denen fort aber erklärt wurde, daß die Gemeindevorstellung es ablehne, Wünsche und Forderungen des Palais Royal überhaupt in Erwägung zu ziehen. Das allabendliche Treiben in den Kaffees, die „Aufwiegelei“, das Lärmen in den anliegenden Straßen war den friedliebenden, gemäßigt-liberalen Stadtbürgern schon längst zuwider. Das war nicht die Freiheit, die sie ersehnt hatten, das war Tollheit, Wahnsinn, Ausschweifung, die zum Verderben führen mußten. Tollzoll und Nationalgarde wurden angewiesen, große Ansamm-

## Dinge, die man nicht bemerkt.



Sieh Dir die Sandwichsmänner an, dann wirst Du wissen, was es hier für Vergnügungen gibt.

lungen im Garten zu verhindern. „Alle guten Bürger“ wurden aufgefordert, sich in ihren Distriktslokale zu versammeln. Einen Erfolg hatte diese Verordnung nicht. Bald ging man brutaler vor. Die Nationalgarde attackierte die Versammelten mit dem Bajonett und drang ihnen nach in die Kaffees. Im Café de Foy kam es zu einem blutigen Zusammenstoß.

Der Besuch dieses und der anderen Kaffees am Garten des Palais Royal ging infolge dieser Vorkommnisse zurück. Im Café de Foy fanden sich aber bald darauf die Frauen der revolutionären Parteien zusammen, nachdem sie im Garten ihre Versammlungen abgehalten hatten. Oft ging es hier recht lustig zu. Es wurde geredet, defamiert, gefungen und manchmal auch getanzt. Einige Male hielt auch die ebenso schöne wie eitle Theroigne de Mericourt, die „Amazonen der Revolution“ eine Ansprache. Nachdem diese Dame zur Berühmtheit geworden, gründete sie einen politischen Salon, in dem neben dem bekannten Abbé Sieyès auch Desmoulins verkehrte. Später hat die Frau von Mericourt die Gunst der Massen ganz verloren; sie endete im Irrenhaus.

Viele ehemalige Besucher des Café de Foy haben später im

Gefängnis, im Irrenhaus oder auf der Guillotine geendet. Und, wie viele seiner Gäste, so hat auch das Café de Foy selbst letztliche Wandlungen durchgemacht. Die Glanzzeit der Kaffeehäuser am Palais Royal war vorüber, an ihre Stelle traten die Tuilerien-Kaffees, weil in der Nähe der Tuilerien die Nationalversammlung untergebracht war. Aus dem Café de Foy wurde nach und nach ein Kaffee der Reaktionäre und schließlich das der „Ruscobins“, der Ruskosstinter, wie man die später ankommende goldene Jugend von Paris (die Revolutionsgewinnler) wegen ihrer Vorliebe für das damals übliche Ruskos-Parfüm nannte.

In den weiteren Kapiteln behandelt Cunow die Geschichte anderer Kaffeehäuser, immer im engen Zusammenhang mit den Parteien und bekannten Personen aus der Revolutionszeit. Alle marschieren sie auf: die Girondisten, die Bergpartei und Jacobiner bei ihren öffentlichen und geheimen Zusammenkünften, Aufstieg und Niedergang ihrer Stammsitze und ihrer selbst. „Pariser Silhouetten“, fesselnd und interessant geschriebene Ergänzungen zur Geschichte der großen französischen Revolution.

Hugo Boehsch.

## Der Clown.

Von Hans Hyan.

Durch die neblige Nacht der Marsch klang das Rasseln und Anarren mehrerer großer Gefährte, und in dem ungewissen Licht der rötlich schimmernden Laterne, die vorn an der Wagendeichsel hing, ward der erste Wagen von Hugo Rasmussens Wanderzirkus sichtbar. Die drei Pferde gingen in einer förmlichen Dampf Wolke, sie hatten tüchtig zu tun auf der zum Teil ganz aufgeweichten Landstraße.

Aus diesem wie auch aus dem zweiten Wagen strahlten die kleinen Fenster gelbes Licht in die Finsternis hinaus, und nur der dritte Wagen, in dem die Knechte, Mintas Hunde und ihr kleiner Wär schliefen, der war dunkel und schwankte, von der sternlosen Nacht kaum zu unterscheiden, ratternd einher.

Die Wirtin selbst, Hugo Rasmussens Tochter, bewohnte mit Vater und Mutter den zweiten Wagen. Und bei ihnen als die vierte im Bunde hielt sich Babett auf, das Dienstmädchen, das aber auch jonglierte und auf dem Turnseil lief. In diesem Wagen hörte das Plappern und Lachen nie auf, es war, wie wenn die Poesie und die Freude des Wanderlebens sich dort greifbar verkörperten. . . .

Auf einmal wieherte vorn an der Spitze der Almansor hell auf, ein ganz weißer Schimmelhengst, der zwischen Trapper, einem braunen Wallach, und zwischen der grauschimmeligen Jaire ging. Der Schimmelhengst stand erst im vierten Jahr und zog den großen Wagen ganz allein aus dem Morast, wenns drauß ankam; aber er hatte seine Rücken; kam ihm was in die Quere, so war er durch nichts mehr vorwärts zu bringen. . . .

Clément Rollé, der Schwiegersohn des Direktors, der den ersten Wagen mit seiner jungen Frau bewohnte, hieß dem Hengst eins über. Aber der Almansor feuerte nur hinten aus und stemmte die schlanken Vorderbeine dann erst recht gegen den Morastboden. . . .

Clément, der ein Jahr lang bei Schumann gearbeitet hatte, und die hohe Schule seiner Ansicht nach besser ritt als Mr. Foottit-Burghardt und ähnliche Größen, überlegte eben, ob er denn wirklich absteigen sollte, als hinter ihm schon die mächtige Stimme Hugo Rasmussens erscholl, und der Alte gleich darauf mit schweren Schritten herangepatscht kam.

„Schall di wull helpen, min Jung?“ schrie er, „da vorn is doch wat nich in Ordnung! . . . tief doch mal to!“

Aber er wartete nicht erst, bis sein Schwiegersohn vom Wagen herunterkam, sondern stand selber schon gleich vorn bei dem

Schimmel, der die Ohren spitzte und über dessen blanke Haut das Licht der schwankenden Laterne lief.

„Na, dat's ja 'ne scheune Befehrerung!“ rief der Alte. „Da kann is wull hier als Schlagboom angestekt!“

Dabei hüfte er sich und verjuchte dem Menschen ins Gesicht zu sehen, der dicht vor den Pferden, mitten im Schmutz, quer über dem Weg lag.

„Der is duhn!“ meinte der Schwiegersohn, von der anderen Seite um die Pferde herumkommend.

Und gleichzeitig erscholl von hinten eine Stimme, die einen Klang hatte, als wäre sie der Rasse wegen etwas eingestimmt worden.

„Na, Badder, wat is denn da vorn?“

„Da kann is krank!“ jagte der alte Rasmussen, „den möt wi minehmen, dat's Christenpflicht!“

Gegen das, was der Alte sagte, gab's keine Einwendungen. In der nächsten Minute hatten die beiden den Bewußtlosen beim Kopf und bei den Füßen und trugen ihn in den zweiten Wagen zu Mutter Rasmussen. . . .

„Da is ja förmlich uffemelkt!“ sagte Frau Alma Rasmussen. „Na, wir wer'n schon all wedder trocken kriegen! Die Mäken können ja dann über Nacht bei euch bleiben, Clément!“ . . .

Minta und Babett, die den späten Gost neugierig betrachteten, verließen alsbald den Wagen, und man hörte ihr Röcheln und Flüstern noch drauß in der Finsternis. Dann ging Mutter Rasmussen ohne Scheu daran, den Fremdling von seinen schmutzfarbenen, wassertriefenden Lumpen zu befreien und ihn warm zu betten. Wie sie ihm die erste Tasse Tee mit einem guten Schuß Rum zwischen die Zähne goß, schlug er die Augen auf und sagte: „Verbindlichsten Dank!“

Und dann blickte er mit einem halbtraurigen und doch auch wieder unendlich komischen Gesicht, das ein wenig verwidert aussah mit dem ungepflegten Bart und den wirren Haaren, zu den beiden alten Leuten auf und flüsterte:

„Ich hätte tausendmal um Verzeihung, wenn ich störe.“

Der lange, hagere Mensch da zwischen den hundertgewürfelten Betten hatte selber offenbar gar keine Ahnung, wie komisch das klang. Aber es befremdete ihn auch nicht, daß der alte Rasmussen bei seinen Worten in ein Gelächter ausbrach und gar nicht wieder aufhören wollte mit Lachen. Die Frau, die gute, dicke Holsteinerin mit dem schwerfälligen Körper und dem sorgenden Herzen, die lächelte kaum über ihn. Und wie sie ihm nun zu essen reichte, da streckte er seine weissen Finger nach ihrer vollen, roten Hand und murmelte: „O, Sie sind zu liebenswürdig! . . .“

Und der alte Rasmussen, der nur eben zu Atem gekommen war, sah ihn daraufhin eine Sekunde mit großen Augen an, und dann prüfete er von neuem los und lachte, daß ihm die Tränen über die Wangen liefen, dabei schluchzend: „Da Rierl is gottvoll!“

Ein wahrer Freudenhimmel spannte sich über Wilschhöpde. Drauß vor der Stadt, auf dem Arger, wo im Frühling die Waffelspiele und im Herbst die Schühenspiele abgehalten wurden, hatte Hugo Rasmussen seinen Zirkus aufgeschlagen.

Es war Sonntag. Das Ehepaar Rasmussen war zur Kirche gegangen. Rollé stand bei seiner Frau, die auf der Treppe ihres Wagens hinter dem großen Leinwand sah und ein Kostüm ihres Mannes neu mit Fittler benahnte. Sie war eine Blondine und hatte die weiche Gemütsart ihrer Mutter, deshalb schüttelte sie jetzt, auf des Gatten Rede, auch den Kopf und meinte mit ihrer ein wenig schleppenden Stimme: „Was soll 'n der arme Mensch machen? Er tut doch alles, was man ihm sagt. . . . doch er nu gerode kein Talent zum Akrobaten hat. . . . und zum Kunsttreier. . . .“

„Na, dann soll er nicht bei 'ne Truppe gehn!“ räsonnierte Rollé, „wir haben schon genug so'n Paal, das sich „Spezialitäten“ nennt und noch nich mal 'ne Ranee glatt jegen kann. . . . soll er doch bleiben, was er war!“

Die Frau sahke seine Hand, die ungeduldig mit der Reitpeitsche an die hohen Stiefel klopfte.

„Clément! . . . laß doch! . . . das hört er ja! . . .“

Und sie bewegte ihren blonden Kopf nach dem Zelt hin, hinter dessen regoverwaschener Leinwand ab und zu das Klaffen der Hunde hörbar wurde, mit denen die schwarze Wirtin dort egerzielte.

Aber Rollé, der einen so eiferfüchtigen Charakter besaß, daß er niemand neben sich leiden mochte, schüttelte eigenständig den scharfklinigen Kopf, dessen starker, blankgewischter Schnurrbart mit dem kurzgehasenen Haar an Schwärze wetteiferte.

„Ihr Weiber seid alle verdreht! Da draucht bloß so einer kommen, der euch 'n bißchen anschnachtet, wie der da mit seiner offigen Höflichkeit. . . . dann wißt ihr schon gar nicht mehr, was ihr ihm alles antun sollt! . . . Deine Mutter macht's genau so!“

Nun lachte die junge Frau recht herzlich. Daß ihr Mann eiferfüchtig war und gar auf den armen, schüchternen Menschen, den August, das machte ihr Spaß. . . . Sie zeigte ihre weissen Zähne zwischen den schimmernden Lippen und blickte mit ihren blauen Augen zu dem Gatten auf, den sie aus Liebe genommen hatte und der noch immer der Mann ihres Herzens war.

(Fortsetzung folgt.)

